

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Wertages. Abonnementpreis mit Post. Beilage „Volk u. Welt“ drei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspr. 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 40

Telefon: 905 nur Redaktion  
926 nur Geschäftsstell.



# Lübecker

# Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Zeile oberer Raum 25 Reichspfennige, auswärts 30 Reichspfennige. Verlags-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Reichspfennige. Reklamen 50 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 40

Telefon: 926 nur Geschäftsstell.  
905 nur Redaktion

Nummer 252

Mittwoch, 28. Oktober 1925

32. Jahrgang

## Das französische Kabinett zurückgetreten!

### Freie Bahn dem Linkstaktell!

Paris 27. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Der französische Ministerpräsident Painlevé hat am Dienstag nachmittag dem Präsidenten der Republik die Demission des Gesamtkabinetts überreicht.

Dr. L. Lübeck, 28. Oktober.

Von den Sozialisten ging die Krise aus. Auf ihrem Jahreskongress hatten sie beschlossen, jede Unterstützung der Regierung Painlevé und damit den Bestand des Linkstakts von der „Kapitalsabgabe“ abhängig zu machen.

Caillaux, der stürmisch begrüßte Finanzminister der Sanierung, hatte diese alte Forderung immer wieder abgelehnt. Darüber war es im Linkstakt zum Nix gekommen; und das Kabinett Painlevé galt keineswegs als ausgeprochenes Linkskabinett im Sinne Herriots.

Vor einigen Wochen beschäftigte sich nunmehr den Kongress der Radikalsozialen (demokratischen) Partei in Nizza mit dem von der Partei zu steuernden Kurs, mit der Frage des Linkstakts und mit der Sonderabgabe auf Kapitalbesitz.

Caillaux verteidigte seine Finanzpolitik mit großer Beredsamkeit. Baute vor dem Kongress ein System von Maßnahmen gegen die französische Finanzkatastrophe auf; die von den Sozialisten geforderte Kapitalabgabe aber lehnte er ab. Und damit lehnte er auch den entschiedenen Linkstakt, die Wiedereinsetzung des Linkstakts ab.

Der Kongress folgte Caillaux nicht. Nach einem glänzenden Gegenreferat von Herriot forderte der Kongress in einer Resolution gerade die von Caillaux stark abgelehnte Kapitalabgabe. Damit hatte die Richtung Herriot gestiftet. Die führende Regierungspartei war wieder auf Linkstakt eingestellt; das Linkstakt und damit die Zusammenarbeit mit den Sozialisten war festgelegt. Zu allem Ueberflus feierten der jetzige Ministerpräsident Painlevé und sein Vorgänger Herriot noch ihre offizielle Versöhnung.

Glatter Mißerfolg für Caillaux also! Aber in einer Kette von Mißerfolgen war das schließlich nur das abschließende Schlüsselmoment.

Nach dem glänzenden Anfangserfolg in London, wo der geschickte Franzose den englischen Schatzkanzler Churchill einwickelte und eine für unmöglich gehaltene Schuldverringerung erreichte, verhandelte allmählich auch Caillaux Finanzkunst. Die amerikanischen Schuldverhandlungen führten zu einem negativen Ergebnis, zu einem vorläufigen Abkommen, das im französischen Ministerrat lang- und kläglich begraben wurde. Die bekannte Konsolidierungsanleihe endete ebenfalls mit einem Mißerfolg: statt 30 oder 40 Milliarden brachte sie sechs. Caillaux spielte in seiner Not mit einer — vorübergehenden, wie er sagt — Inflation. Aber an die Kapitalabgabe wollte er nicht heran. Und gerade diese forderten die Sozialisten als einzig geeignetes Mittel zum Ausgleich des Staatshaushalts und damit als erste Vorbedingung für die Stabilisierung des Franks. Die radikalsozialistische Partei schloß sich, wie gesagt, dieser Forderung an. Damit war der Stern Caillaux, lange schon verblaßt, endgültig verloscht.

Das Kabinett nahm Stellung zu dieser Sachlage. Es schloß sich selbstverständlich dem Kurs an, der von der Regierungspartei angegeben war. Caillaux widersprach. Wurde aufgefordert, die Konsequenzen zu ziehen und zurückzutreten. Weigerte sich. Und

so blieb nur der eine Ausweg: Der Gesamtrücktritt des Kabinetts Painlevé.

Merkwürdige Uebereinstimmung! Zu gleicher Zeit wie in Deutschland bricht auch in Frankreich eine Regierungskrise aus. Gerade zu einer Zeit, wo die Regierungen nach einer großen und erfolgreichen Weltkonferenz in ihre Länder zurückgekehrt sind. Aus ganz anderen Gründen, gewiß! Und doch haben die Krisen in ihrem innersten Wesen eine ähnliche parlamentarische Ursache. Die über den Rücktritt vom Kabinett veröffentlichte Mitteilung weist darauf hin:

„Der Kabinettsrat, der in seiner letzten Sitzung die Prüfung der von Caillaux aufgestellten Finanzpläne begonnen hatte, hat heute vormittag diese Diskussion, welche zwischen den einzelnen Mitgliedern der Regierung keine wesentliche Meinungsverschiedenheit zutage gefördert hatte, unterbrochen, um sich der politischen und parlamentarischen Lage, so wie sie in den verschiedenen Rundgebetungen der Parteien zutage getreten ist, anzupassen. In der Uebersetzung, daß die dringende Arbeit der nationalen Wiederaufrichtung nur mit der vorherigen Gewißheit einer stabilen Majorität verfolgt werden kann, hat die Regierung einstimmig beschlossen, dem Präsidenten der Republik ihre Demission zu übergeben.“

Also: Mangel an einer festen, stabilen und zuverlässigen Mehrheit in der Kammer war der Beweggrund für Painlevés Demission. Diese Mehrheit kann nach Auffassung des Kabinetts nur das Linkstakt sein. Dieser absoluten Linkstaktierung steht aber Caillaux im Wege. Painlevé erkennt damit mit dürren Worten an, daß seit dem Rücktritt Herriots die Regierung über eine feste und zuverlässige Kammermehrheit nicht mehr verfügte. Sie hat vorübergehend nach rechts „geschickt“, um für alle Fälle mit wechselnden Majoritäten regieren zu können. Dieses bißchen „Schiele-Schiele“ verkörperte Caillaux. Das französische Volk will aber klare und feste Verhältnisse. Und so war die Demission unvermeidlich geworden.

Man braucht nicht viel Worte zu machen, um die Uebereinstimmung mit der deutschen Krise, mit der Luther-Schiele-Katastrophe aufzudecken. Auch in Deutschland keine feste und stabile Regierungsplattform. Mit dem Unterschied allerdings, daß Luther nicht, um die Lage zu klären, zurückgetreten ist, sondern geblieben ist in der Hoffnung, gerade in der fortwährenden Verworrenheit sein Geschäft weiterführen zu können. Luthers Stärke war ja gerade die völlige Verschwoommenheit und Labilität der deutschen Parateilgruppierungen. Das französische Volk verlangt eine Regierung, die auf einem festen parlamentarischen Fundament steht, damit das Parlament wirklich regiert. Das deutsche Volk hat diesen politischen Instinkt noch nicht, deshalb konnte das Kabinett Luther ohne feste Mehrheit beinahe unumschränkt schalten und walten.

Wie in Frankreich die Krise nun gelöst wird, ist durchaus ungewiß. Um die Krise vom Vertragswerk von Locarno völlig fernzuhalten, hat das Kabinett sofort beschlossen, daß Briand auf alle Fälle bleibt.

Im übrigen ist alles unklar. Bleibt Painlevé? Nimmt er Herriot in das Kabinett auf? Wer wird Caillaux' Nachfolger? Und was viel wichtiger als alles andere ist: Wird dieser Nachfolger endlich die völlig verjumpten französischen Finanzen mit ihrer Schuldenlast von 4—500 Milliarden Franken irgendwie sanieren können? Wird er die schwebende Schuld bändigen und den Etat ausgleichen können?

In hiesigen politischen Kreisen stellt man mit Befriedigung fest, daß das energische und rasche Eingreifen des Völkerbunds die Ausdehnung des griechisch-bulgarischen Konflikts, der unter Umständen zu einem neuen Balkankriege führen konnte, zu verhindern vermocht habe. Man betrachtet hier das von dem Völkerbund eingeleitete Verfahren als einen Präzedenzfall, der für alle zukünftigen Konflikte, mögen sie sich auch zwischen Großmächten abspielen, maßgebend sein wird. Man glaubt auch, daß das Handeln des Völkerbunds in hohem Maße durch das Ergebnis von Locarno begünstigt und vielleicht erst möglich gemacht worden sei. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die in Locarno begonnene neue Wera in den Beziehungen zu den Völkern die Stellung und das Ansehen des Völkerbunds erheblich gestärkt und befestigt habe.

Athen, den 28. Oktober (Radio).

Die griechischen Truppen haben am Dienstag die bisher von den Bulgaren besetzten Grenzposten wieder bezogen. Die Griechen werden am Donnerstag beginnen, daß von ihnen besetztes bulgarische Gebiet zu räumen.

## Frankreich und Locarno.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Die nachfolgenden Ausführungen unseres Pariser Korrespondenten sind vor dem Sturz des Kabinetts Painlevé und vor der Sprengung der deutschen Regierung geschrieben worden. Das nimmt ihnen nichts von ihrer Bedeutung für die Beurteilung der gegenwärtigen politischen Situation.

Wo der Abschluß des Vertrages von Locarno Tatsache geworden ist, zeigt sich, daß man in Deutschland die Zuversicht, mit der man in Frankreich vom ersten Tage an jeden Zweifel an einen glücklichen Ausgang der Konferenz weit von sich gewiesen hatte, zu unrecht der künstlichen Stimmungsmache verdächtigt hat. Dieser Optimismus war wirklich nicht, wie es manchmal vielleicht den Anschein haben konnte, diplomatische Taktik, darauf berechnet, einen Druck auf die deutschen Unterhändler auszuüben; er hatte seinen Ursprung nicht nur in einem Komplex durchaus realpolitischer Ueberlegungen und Tatsachen, sondern vor allem auch in dem wirklich ehrlichen und aufrichtigen Wunsch zu einer Verstärkung der Beziehungen mit Deutschland. Nach dem Fehlschlag der nationalistischen Außenpolitik Poincarés hatte man sich in Frankreich allmählich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß, wie Painlevé es am Vorabend der Konferenz von Locarno treffend formuliert hatte, „von der deutsch-französischen Verständigung und Wiederversöhnung letzten Endes das Schicksal und die Zukunft der europäischen Zivilisation abhängt.“

Der Ausfall der Wahlen vom 11. Mai 1924, der den Parteien der Linken den eklatanten Triumph über den Nationalen Block gebracht hatte, war also nicht nur lediglich Ausfluß der Unzufriedenheit mit der finanziellen Mißwirtschaft der Rechtsparteien, seine tiefere Ursache lag noch weit mehr in der bewußten und gewollten Abkehr von den brutalen Gewaltmethoden, die bis dahin die französische Außenpolitik beherrscht hatten und deren gefährliche Konsequenzen für das eigene Land man in dem Risiko des Ruhrabenteuers und in der zunehmenden politischen Isolierung Frankreichs sehr deutlich zu spüren begonnen hatte. Wenn dieser Stimmungsumschwung nicht bereits von einem Tag zum andern in der französischen Außenpolitik seine nach außen hin sichtbare Auswirkung finden konnte, so lag das in der Natur der Dinge. Immerhin zeigten bereits die Londoner Abmachungen vom vergangenen Jahr, daß mit dem demokratischen Frankreich ein den berechtigten Interessen beider Länder gerecht werdender friedlicher Ausgleich in den Bereich der praktischen Möglichkeiten gerückt war. Das Vertrauen, das die damalige deutsche Regierung den alliierten Kabinetten einzulösen verstanden hatte und die Gewissenhaftigkeit, mit der sie an die Erfüllung der in London übernommenen Verpflichtungen gegangen war, hatten dazu beigetragen, auch in Frankreich den Glauben an eine parallel gehende Entwicklung in Deutschland zu bestärken.

So kam es, daß, als das Kabinett Luther-Stresemann sich nach mancherlei Irrtümern und Fehlschlägen zu der Erkenntnis durchgerungen hatte, daß nur die von ihren eigenen Parteigängern so geschmähte Politik der Erfüllung Deutschlands aus dem Chaos herausführen konnte, seine im Februar dieses Jahres unternommene Initiative in Frankreich auf sehr fruchtbaren Boden fallen mußte. Vergeblich haben die französischen Nationalisten, die gleich ihren Gesinnungsgenossen in Deutschland aus Verböhrtheit und egoistischem Parteieresse eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich mit allen Mitteln hintertreiben wollen, mit dem vergifteten Argument, daß Deutschland lediglich papierene Versprechungen für den Westen anbiete, um sich im Osten freie Hand zu einem Eroberungskrieg gegen Polen zu verschaffen, die eingeleiteten Verhandlungen zu sabotieren versucht. Briand und Painlevé, die inzwischen an die Stelle des im April gestürzten Ministeriums Herriot die Leitung der französischen Politik übernommen hatten, ließen sich von dem einmal als richtig erkannten Weg nicht mehr abbringen, und Painlevé konnte am vorletzten Sonntag auf dem radikalsozialen Parteitag in Nizza mit Recht für die französische Linke das Verdienst für das glückliche Ergebnis von Locarno in Anspruch nehmen. Dazu kam in der letzten Phase der Verhandlungen ein gerade für die französische Verständigungsbereitschaft stimulierendes Moment. Die, wenn auch zunächst nur gefühlsmäßige Reaktion, die das Scheitern der Schuldverhandlungen mit England und Amerika ausgelöst hatte und die selbst demjenigen Teil der französischen öffentlichen Meinung, der sich bis dahin von der Atmosphäre des Krieges noch immer nicht frei zu machen vermocht hatte, die bittere Tatsache vor Augen geführt hatte, daß die Illusion von der unerschütterlichen Interessensolidarität der gegen Deutschland verbündeten Mächte gegenüber den Realitäten der internationalen Politik nicht standgehalten hatte. Unter diesen Umständen hatte Locarno nur wieder einmal die alte Erfahrungstatsache zu befestigen, daß, wo ein Wille vorhanden ist, auch ein Weg gefunden werden kann. Es hätte dort schon mit sehr merkwürdigen Dingen zugehen müssen, wenn angesichts der Höhe des Einsatzes, der auf dem Spiele stand, der ehrliche Verständigungswille, den die Entwicklung des letzten Jahres in allen beteiligten Ländern,

## Der Völkerbund setzt sich durch.

Griechenland zieht seine Truppen aus Bulgarien zurück.

SPD. Paris, 27. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Der Völkerbundrat setzte am Dienstag vormittag unter dem Vorsitz Briands die Erörterung des griechisch-bulgarischen Konflikts fort. Der Ratvorsitzende erklärte nach Eröffnung der Sitzung, daß der Rat bereits am Montag beschlossen habe, die griechische und bulgarische Regierung aufzufordern, die Feindseligkeiten einzustellen und ihre Truppen hinter ihre Grenzen zurückzuführen. Der Vertreter Griechenlands gab daraufhin bekannt, daß seine Regierung auf Ersuchen der rumänischen Regierung beschlossen habe, die griechischen Truppen zurückzuführen. Die Vertreter Bulgariens und Griechenlands entwickelten dann den Standpunkt ihrer Regierungen. Im Namen der bulgarischen Regierung ersuchte der Vertreter Bulgariens den Rat: 1. eine Untersuchung über die Verantwortlichkeit am Konflikt zu veranstalten zu lassen, 2. daß den bulgarischen Bauern, deren Vermögen getötet oder deren Eigentum verwüßt worden sei, Wiedergutmachung zuerkannt werde, 3. daß der Rat beschließen möge, die von den Griechen gefangengenommenen Bulgaren frei zu lassen. Nach einer Debatte durch den Vertreter Griechenlands über den Standpunkt seiner Regierung wurde die Sitzung auf Mittwoch vormittag vertagt.

und ganz besonders auch in Frankreich, erzeugt hatte, nicht instand gewesen wäre, die noch vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden.

Mit dem Ergebnis der Konferenz ist man in Frankreich recht zufrieden und in Deutschland hat man sicherlich ebenfalls allen Anlaß dazu. Die Antwort auf die für Deutschland besonders wichtige Frage nach den politischen Konsequenzen und Rückwirkungen des Vertragsabschlusses wird sich zunächst an die vor wenigen Tagen von dem englischen Außenminister Chamberlain geprägte Formel halten müssen, daß alles davon abhängt, welches Echo das Konferenzergebnis in den Herzen der Völker finden wird. Nicht auf den Wunsch allein dieser Verträge kommt es an, die Deutschland kaum eine neue Verpflichtung auferlegen, die es nicht bereits im Vertrag von Versailles übernommen hatte, sondern auf den Geist, der ihre Handhabung beherrschen wird, mit anderen Worten darauf, daß die Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens, die allein aus der die Beziehungen der Völker noch immer vergiftenden Kriegspolizei herauszuführen vermag, Wirklichkeit wird. Gerade dafür aber werden bereits die nächsten Wochen entscheidend sein und deshalb ist es kein Zufall, wenn sich heute das Interesse der französischen öffentlichen Meinung fast völlig auf die Beurteilung konzentriert, die das Vertragswerk von Locarno in Deutschland findet.

Wenn man auch hier nicht einen Augenblick an der Ratifizierung und endgültigen Unterzeichnung der Verträge zweifelt, so muß doch auf der anderen Seite mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß das Maulheulentum, mit dem die Deutschnationalen sich gegenüber ihren Wählern rechtfertigen zu müssen glauben, Deutschland um die moralischen Erfolge zu bringen droht, die es aus dem glücklichen Ergebnis der Konferenz zu erwarten berechtigt ist. Was auf dem Spiele steht, sind nicht nur die von den Alliierten in bezug auf die Räumung von Köln, auf die Wüderung des Okkupationsregimes usw. — wenn auch nicht in offizieller Form — gemachten Zusicherungen, sondern vor allem der weit größere Erfolg, den die deutsche Delegation in Locarno davongetragen hat, indem sie, wenn nicht den Vertrag, so doch den Geist von Versailles aus der Welt zu schaffen vermocht hat.

### Die endgültige Zusammenlegung des Berliner Stadtparlaments.

SPD. Die Zusammenlegung des neuen Stadtparlaments der 4-Millionen-Gemeinde Groß-Berlin steht nunmehr fest: die drei Arbeiterparteien verfügen über 117 Stadtverordnete, und zwar 73 Sozialdemokraten, 43 Kommunisten und ein Unabhängiger. Ihnen steht eine bürgerliche Minderheit von 108 Stadtverordneten gegenüber.

Ein Vergleich mit der im Oktober 1921 gewählten Stadtverordnetenversammlung ergibt ein klares Bild von dem starken Einschnitt, den der jetzige Wahlausfall in Groß-Berlin bedeutet. Die drei Arbeiterparteien haben gegenüber 1921 ihre Mandate von 110 (46 SPD, 44 USP, und 20 KPD) auf 117 erhöht. Die Rechtsparteien brachten es im Jahre 1921 auf 90 Sitze: 42 Deutschnationale, 35 Volksparteier, 12 Wirtschaftsparteier und 1 Deutschnationaler; jetzt ist der Rechtsmischmasch auf 79 Mandate zurückgegangen: 47 Deutschnationale, 14 Volksparteier, 10 Wirtschaftsparteier, 3 Deutschnationale, 3 Böllische und 2 Evangelische Gemeindefreie. Demgegenüber haben die Demokraten 4 Sitze gewonnen und das linksgerichtete Zentrum hat seine 8 Mandate behauptet. — Die neue Stadtverordnetenversammlung wird zum ersten Male am 19. November zusammentreten.

### Die deutsche Volkspartei zu Locarno.

Unbedingt für den Vertrag.

SPD. Der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei haben am Dienstag in Anwesenheit des Reichsaussenministers Dr. Stresemann über die Ergebnisse von Locarno und die durch den Austritt der deutschnationalen Volkspartei aus der Reichsregierung geschaffenen Lage beraten. Als einstimmige Auffassung wurde der Presse folgende Darlegung übermittelt:

„Das Vertragswerk von Locarno, das durch die berechnete und notwendige deutsche Initiative zustande gekommen ist, entspricht in allen wesentlichen Punkten den Grundgedanken der deutschen Antwortnote vom 20. Juli 1925 und somit auch den Richtlinien der Deutschen Volkspartei vom 2. Juli d. Js. Deutsche Lebensnotwendigkeiten werden darin nicht preisgegeben. Artikel 1 des Vertrags verpflichtet zum Verzicht auf Angriffskrieg, läßt aber das Selbstbestimmungsrecht der Völker und alle anderen Möglichkeiten friedlicher Entwicklung offen. Artikel 6 enthält keine Anerkennung des Versailler Vertrages, stellt vielmehr nur in Übereinstimmung mit der deutschen Antwortnote vom 20. Juli fest, daß der Abschluß des Sicherheitsvertrages keine formelle Abänderung der bestehenden Verträge bedeutet. Deutschland verzichtet nicht auf die im Versailler Vertrag selbst gefestigten sowie die durch fortschreitende friedliche Entwicklung herbeizuführenden Abänderungsmöglichkeiten. Auch die Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund werden nach den in Locarno getroffenen Vereinbarungen gewahrt bleiben. Insbesondere ist durch die Note der Vertragsgegner zu Artikel 16 der Völkerbundsatzung klargestellt, daß — wie es in den Erläuterungen zum Genfer Protokoll vom Völkerbund festgelegt ist — Deutschland selbst „Richter ist der Art und Weise, in welcher es seine Obliegenheiten erfüllt“. Endlich sind auch im Osten durch die Beteiligung der französischen Garantie für die Schicksalsverträge und die Zurückweisung der polnischen und tschechischen Forderungen nach einer Erweiterung der östlichen Verträge zu Sicherheitspaketen die deutschen Interessen gewahrt. Die Abwicklung der französisch-polnisch-tschechischen Militärbindungen bedroht Deutschland nicht. Die Restverträge bedeuten nur Anknüpfung an das Verhängen der Völkerbundsatzung.

Wenn der Vertrag von Locarno, wie es alle Beteiligten zum Ausdruck gebracht haben, ein Werk dauernden Friedens sein soll, so muß dieser Friedenszustand sich aber auch im besetzten deutschen Gebiet auswirken. Das ganze Werk darf somit erst dann in Kraft treten, wenn nicht nur die alsbaldige Räumung der ersten Rheinlandszone unabhängig von der Vereinbarung der Garanzverträge sichergestellt ist, sondern auch die beteiligten Mächte den mündlichen Zusicherungen ihrer Delegationsführer entsprechend im übrigen besetzten Gebiet alsbald einen Zustand herbeizuführen, der eine grundlegende Abänderung des Besatzungsregimes und den Anfang der endgültigen Räumung darstellt. Ohne solche entscheidenden Maßnahmen der Vertragsgegner kann der Deutsche Reichstag den Vertrag von Locarno nicht annehmen.

Es ist Pflicht der politischen Organe des Reiches und Volkes, mit allen Kräften auf solche Ergänzungen und sofortige Auswirkungen der Vereinbarungen von Locarno hinzuwirken. Die außenpolitische Aufgabe steht im Vordergrund. Ihre Erfüllung wird durch das Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei gefährdet. Statt mit uns und den anderen Parteien an der Durchführung der von ihr selbst bisher verfolgten Politik mitzuwirken, hat sie kurz vor Erreichung des Ziels sich von der weiteren Mitwirkung selbst ausgeschlossen. Für die anhängen und transpolitischen Folgen trägt sie die volle Verantwortung.

### Hilfe für das Hungergebiet von Waldenburg.

SPD. Im Waldenburg-Neuroder Industriegebiet sind seit einiger Zeit infolge äußerst schlechter Abgabemöglichkeiten schwere Notstände, insbesondere unter der Bergarbeiterbevölkerung, eingetreten. Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages hat deshalb von der Staatsregierung durchgreifende Hilfsmassnahmen gefordert. Am Dienstag hat nun der Ostauschuß des Landtages einen Antrag angenommen, nach dem die Reichsbahn dem niederschlesischen Bergbau Tarifvergünstigungen bewilligen und ihren Bedarf an Kohle mehr als bisher zu angemessenen Preisen aus Niederschlesien decken soll. Weiter fordert der Ausschuß eine eingehende Prüfung der Frage, in welcher Weise die zur Aufrechterhaltung der Betriebe notwendigen Mittel beschafft werden können. Man denkt an langfristige Kredite und an eine starke Beteiligung des Reiches an den Kreditmaßnahmen. Zur Beseitigung des augenblicklichen Notstandes sollen für etwa drei Monate unter Beteiligung des Reiches pro Monat etwa 200 000 Mark den Betrieben zur Verfügung gestellt werden. Auch Steuererleichterungen sollen zur Linderung der Not gewährt werden. Mit einer einmaligen Beihilfe will man der Kinderfürsorge und dem Ausbau der Kindererholungsheime helfen. Für den Kohlebedarf im Stadt- und Landkreis Waldenburg, sowie in den Kreisen Neurade und Landskron werden 100 000 Mark gewährt werden. Ein Unteranschluß von 10 Millionen befaßt sich mit den Maßnahmen zur Beseitigung der im Industriegebiet besonders schlimmen Wohnungsverhältnisse. Der Beschluß dieses Ausschusses wird wahrscheinlich schon am Mittwoch dem Plenum zur Beratung und Entscheidung vorgelegt werden.

### Die Strafanträge im Carlowikprozess.

Der Staatsanwalt fordert Gefängnis für die adligen Schieber.

Im Prozeß gegen die Direktoren der Preussischen Landespandbriefanstalt und das pommerische Adelskonjunktium beantragte am Dienstag nach 22tägiger Verhandlung der Staatsanwalt folgende Strafen:

Gegen Direktor Nehring wegen Bilanzfälschung zwei Monate Gefängnis, wegen Betruges durch Verschleichung von Zantfischen 2000 M Geldstrafe, wegen Untreue neun Monate Gefängnis, wegen Verschleichung von Urkunden zwei Monate Gefängnis. Von Ehrenstrafen hat der Staatsanwalt abgesehen, da Nehring nicht aus unläuterer Motiven gehandelt habe; auch soll nicht auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter erkannt werden, da Nehring freiwillig auf Amt und Pension verzichtet habe.

Gegen Direktor Lüders wegen Untreue im Falle Schapbach drei Monate Gefängnis, wegen Bilanzfälschung und Urkundenverschleichung je 3 Monate Gefängnis, wegen Untreue zum

Nachteil der Anstalt 9 Monate Gefängnis. Sämtliche Strafen sollen zu 1 Jahr Gefängnis zusammengezogen werden, wozu noch eine Geldstrafe von 2000 M wegen Verschleichung von Lantfischen kommt. Auch hier hat der Staatsanwalt merkwürdigerweise, von einer Ehrenstrafe abgesehen, obwohl er Lüders gewissenhaftes Verhalten vorwarf; dagegen soll ihm die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 5 Jahren abgesprochen werden.

Gegen die drei Adligen von Eydorf, von Karstedt und von Carlowik wurden wegen Betrugs je 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und wegen Untreue je 6 Monate Gefängnis beantragt, die zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis zusammengezogen werden soll.

### Die bankrotten Landbundgenossenschaften.

Sollen sie mit dem Geld der Steuerzahler aufgepumpt werden?

Der Hansabund ist bei dem preussischen Handels- und Finanzministerium dagegen vorstellig geworden, daß die im Zusammenhang stehenden Organisationen der Landbundgenossenschaften in Verbindung mit dem Reichsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der preussischen Zentralgenossenschaftsliste mit Hilfe öffentlicher Gelder gestützt werden. Der Hansabund wendet sich insbesondere dagegen, daß die aus der Zermürbung der Steuerkraft der von ihm vertretenen Berufsstände gewonnenen Staatsmittel dazu verwendet werden sollen, Fehlunternehmungen aus der Gründungsperiode der Inflationszeit aufrechtzuerhalten.

Dazu erzählt der „Soz. Volksdienst“, daß bei dem Reichsernährungsminister Graf Ranitz, den die Deutschnationalen leider vergessen haben, mit aus der Regierung zu nehmen, eine Besprechung mit den Landbundführern stattgefunden hat. Gegenstand der Besprechungen waren abermals die geplanten Kreditkündigungen. Es sollen durch das Ministerium ganz bestimmte Zusicherungen gemacht worden sein. Weiter wurden abermalige Stundungen der seit dem Sommer entstandenen Steuerrückstände in Aussicht gestellt.

Wir haben Grund anzunehmen, daß die Zusicherungen des Grafen Ranitz außerordentlich weit gehen. Grundrätlich haben wir bereits betont, daß natürlich dem Teil der Landwirtschaft, der a. B. durch Wettereschäden usw. in seiner Finanzkraft beengt ist, geholfen werden muß. Das wird vorzugsweise Aufgabe der Länderversicherung sein. Dagegen müssen die übrigen finanziellen Forderungen des Reichslandbundes, schon im Interesse der Kreditpolitik der Landwirtschaft selbst, abgelehnt werden. Eigenümlich berühren auch die weiteren Zusicherungen auf steuerlichem Gebiet, die sehr wahrscheinlich in Fühlungnahme mit dem Finanzministerium gemacht worden sind. Es geht nicht an, daß die breiten Massen der Bevölkerung durch den unerhörten harten Lohnabzug und die Umsatzsteuer bis auf die Haut ausgeplündert werden, während man den Großgrundbesitzern in freigebigster Weise Steuererfahrungen zukommen läßt.

## Macdonald über Locarno.

Gen. Ramsay Macdonald, der sich bekanntlich zur Zeit auf einer Studienreise in Berlin befindet, gewährte einem Mitarbeiter des „Vorwärts“ eine Unterredung, in der er ausführte:

Es gibt in östlichen Gebieten Europas, die Macdonald auf seiner Reise berührte, eine Reihe von Anhängern des Friedensgedankens, die im Locarno-Vertrage eine teilweise Regelung nicht ohne Gefahren sehen. Teilweise Vereinbarungen betreffen die Möglichkeit anderer Gruppierungen in sich. Statt das Ziel der allgemeinen Befriedigung zu erreichen, könnte so eine Teillösung gewisse Gefahren heraufbeschwören. Doch kann durch den Vertrag von Locarno ein Schritt in der richtigen Richtung gemacht werden, wenn er in dem Geiste ausgeführt wird, in dem ihm vorgearbeitet worden ist.

Locarno hat eine lange Vorgeschichte. Ohne die Londoner Konferenz und ohne die Genfer Debatte über den Protokollentwurf der englischen Arbeiterregierung und des französischen Kabinetts Herriot wäre auch der Vertrag von Locarno nicht zustande gekommen. Es besteht in manchen Kreisen die Tendenz, Locarno zu einer Parteilangelegenheit zu machen. Aber es ist ungerichtet und falsch, so zu tun, als ob Locarno keine Vorgeschichte hätte und die europäische Friedensorganisation erst mit Locarno begänne. Das wichtigste Ergebnis von Locarno für Europa ist der

### Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Nur auf diese Art kann Deutschland in die Gesellschaft der Völker wieder aufgenommen werden. Nicht vor dem Eintritt in den Völkerbund, sondern erst mit dem Eintritt in den Bund eröffnet sich für Deutschland der Weg, sich für die Lösung und Klärung aller der Fragen einzusetzen, die ihm besonders am Herzen liegen müssen. Arbeitet Deutschland im Völkerbunde mit, der nicht nur eine Organisation Europas, sondern der Welt darstellt, so kann man mit Zuversicht erwarten, daß die At-

mosphäre vertrauensvoller Zusammenarbeit für eine unabsehbare Zeit aufrechterhalten bleibt. Die

### Wirkung auf Rußland

hängt vor allen Dingen von Rußland ab. Die russische Regierung denkt immer, daß jede europäische Vereinbarung von England und gegen Rußland gerichtet ist. Aber das ist ganz im Sinne einer nationalstaatlichen Bourgeoispolitik gedacht. Friedliche Verständigungen unter den europäischen Staaten richten sich keineswegs gegen Rußland. Es hängt nur von Rußland selbst ab, mit Europa mehr und mehr in Verbindung zu kommen. Keine europäische Regierung betreibt den Sturz der gegenwärtigen russischen Regierung. Alle europäischen Staaten suchen wieder in gute Beziehungen mit Rußland zu kommen; sie werden es Rußland überlassen, für sein Heil selbst zu sorgen. — Die britische Arbeiterpartei hält an ihren alten Zielen in dieser und in anderer Hinsicht fest. Sie kämpft nach wie vor für die Befriedigung Europas durch Gesamtvereinbarungen, wie sie im Genfer Protokoll niedergelegt waren. Die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft wird die

### Weiterführung der Entwaffnung

sein. Das Protokoll der Konferenz von Locarno nimmt in nur sehr unbestimmten Worten auf die Entwaffnung Bezug. Es ist die große Aufgabe der Arbeiterparteien, hier anzupacken und dafür zu sorgen, daß baldmöglichst eine wohlvorbereitete Entwaffnungskonferenz vom Völkerbunde einberufen wird. Der Gedanke der Entwaffnungskonferenz sollte von der Sozialistischen Internationale aufgenommen werden, und die sozialistischen Parteien aller Länder sollten als ihr wichtigstes nächstes internationales Ziel die Durchführung der Entwaffnung aufstellen. Der Versailler Vertrag hat nicht nur Deutschland, er hat auch den anderen Vertragsmächten Pflichten auferlegt, die innegehalten werden müssen. Deutschland hat einen Rechtsanspruch auf diese Entwaffnung, da ihm der Versailler Vertrag seine Entwaffnung nur als ersten Schritt zu der allgemeinen Abrüstung auferlegte.



Unser Bild zeigt den Gen. Ramsay Macdonald (1) bei seiner Ankunft in Berlin wo er im Auftrage der Reichsregierung von Staatssekretär Dr. v. Schubert empfangen wurde. Mit Mac-

donald zusammen reist sein Freund und Parteigenosse Sidney Arnold (2) der auf dem Bild neben v. Schubert steht.



# Ein früher u. strenger Winter!

Daß sich in diesem Jahre schon Ende September an den schleswig-holsteinischen Küsten Seehunde zeigten, ist ein untrügliches Zeichen eines frühen und strengen Winters. Wir beginnen daher schon mit unserer

## Bekleidungs-Messe

Die Beliebtheit dieser Veranstaltung läßt es wohl überflüssig erscheinen, über die Vorteile viele Worte zu machen. Der direkte Bezug aus unseren eigenen Fabriken gibt uns die Möglichkeit, warme Winterqualitäten zu sehr niedrigen Preisen anzubieten. So streng der Winter sein wird, so streng sind wir mit unseren Preisen bis an die alleräußerste Grenze gegangen. Niemand wird daher umhin können, an Hand unserer morgen erscheinenden „Extra-Preisliste“ unsere Angebote zu prüfen.

Beginn Freitag früh 8 $\frac{1}{2}$  Uhr.

## Karstadt



Donnerstag wegen Familien-Feier geschlossen  
Brüggmanns Rest. (5449)

## Denkt an die Winterkleidung

## Färberei Karstadt-Porges

Lübeck, Johannisstraße 1

**Richard Schunck**

Kirchenstr. 4b-6  
Fernsprecher 1040

**Obstbäume**

in allen Sorten und Größen  
Frucht- und Ziersträucher

**Rosen**  
hochstämmige, niedrige, Kletterrosen, Trauerrosen

**Coniferen**  
und immergrüne Pflanzen zu billigsten Preisen. Ich bitte um Besichtigung meiner großen Vorräte.



**Kohlen, Koks  
Briketts, Holz**  
liefert

**F. W. Tietz**  
Pelzerstr. 24  
Fernruf 943

**Rauchzeug**  
preiswert und gut  
**C. Wittfoot**  
Ob. Hützstr. 13

Nur das Gute bricht sich Bahn  
**„Nimbus“-Fahrräder**  
gelief. an Reichswehr, Post u. div. Großbetriebe (5446)  
**Herrenräder** allerb. Ausführung, Garantie 90.- 97.-  
**Damenräder** allerb. Ausführung, Garantie 96.- 103.-  
**Schnoor & Petersen**  
Filiale Lübeck, Pfaffenstraße 2  
Geöffnet von 8-7 Kein Verkauf an Händler.

**Bilder-Einrahmungen**  
O. Tauchnitz  
Glashandlung  
Hühnerstraße 3  
Fernsprecher 2808

**Das Aufwertungsgeleß**  
Reichsgeleßblatt vom 17. Juli 1925  
Preis 30 Pfennig  
**Verhandlung „Lübecker Volksbote“**  
Johannisstraße 46

**Bildereinrahmungen**  
zu besonders billigen Preisen  
**Ludwig Möler, Kunsthandlung**  
Mühlenstraße 45 (5441)

## Wohnungen

In unserem Arbeitsplan 1926 haben wir eine Reihe neuer Wohnungsformen aufgenommen, die die Billigkeit des Großhauses mit den Vorzügen des **Einfamilienhauses** verbinden. Wohnungssuchende, die etwas Hypothekenselber mit der Zeit aufbringen können, mögen sich melden. Es werden auch Beiträge mit längeren Ratenzahlungen abgeschlossen. (5326)  
**Gemeinnütziger Wohnungsbau Lübeck**  
e. G. m. b. H.  
Fernsprecher 3955 (5440) Mergstraße 10

**Kinder-Bettstellen**  
weiß, mit Gitter, von 17.75 bis 65.-  
**Große Bettstellen**  
von 16.50 bis 75.-  
**Gebrüder Hetti**  
Untertrave 111/112  
1. Stock, tein Laden,  
b. d. Holstenstr. (5444)

**Frische Blut- u. Grühwurst**  
Pfd. 60 Pfg.  
Frische (5468)  
**Knackwurst**  
Pfd. 90 Pfg.  
Frisches **Kopffleisch**  
Pfd. 30 Pfg.  
**W.C. Köppke**  
Klängenberg 3/4

**Hamburger Kaffee-Lager**  
Thams & Garfs,  
Breite Str. 58, Tel. 3768  
Hühstraße 43  
Bad Schwartau, Lübedenstr.  
Frisch geröst. Kaffee  
2.20-4.40  
Kakao rein 0.60  
Tee 3.80 an  
Zuder 0.30  
Margarine 0.60  
Cotosfett i. Taf. 0.70  
Kunsthonig 0.36  
Häuer 0.40  
Bandnudeln 0.30  
Reis 16 20 24 32 u 40 4  
Weizenmehl 0.18  
Feinst. Auszugmehl i. 5- u. 8-Beutl. 1.20  
3 Riegel Kernseife 0.50  
Feinste Milchschokolade i. 100-Gr.-Taf. 1 Pf. 0.85  
3 Tafeln 1.-  
10 3.20  
Feinste Schmelzschokolade i. 100-Gr.-Taf. 1 Pf. 0.25  
4 Tafeln 0.95  
10 Tafeln 2.30  
Beachten Sie bitte unsere **Schaufenster!**  
Lieferung frei Haus.  
Empfehle Freitag u. Sonnabend **prima Rohfleisch**  
A. Radloff, (5456)  
Schöntampstr. 3a, Burgst.

## Freistaat Lübeck

Mittwoch, 28. Oktober

### Das Wohnungselend des Lübecker Proletariats.

Ein Kulturbild.

„Alle öffentlichen Mittel, die nicht für andere unaufschiebbare Aufgaben erforderlich sind, vor allem aber der volle Ertrag der Hauszinssteuer, sind für ein verstärktes Wohnungsbauprogramm einzusetzen.“

Das ist die Forderung der kürzlich in Berlin im Zirkus Busch stattgefundenen Riesenkundgebung zur Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik, deren Veranstalter hauptsächlich die großen Reichsorganisationen der Arbeiterschaft waren. Es ist nur zu begrüßen, wenn auch auf diese Art wieder mit allem Nachdruck der Blick auf das Wohnungselend des Proletariats gelenkt wird. Immer wieder muß der Schrei nach menschenwürdiger Behausung erklingen, denn es ist nur zu verständlich, allzu menschlich, wenn der jahrelange Kampf um die Behebung der Wohnungsnot schließlich manchen, der nicht direkt Betroffenen gleichgültig macht auch gegen diese furchtbaren Zustände. Der Mensch unserer Zeit hat in den Kriegs- und Nachkriegsjahren zuviel Jammer und Menschenelend miterlebt, als daß ihn noch etwas aus der Fassung bringen könnte. Allen diesen Mitmenschen rate ich, zu einem Besuch der Empfangsräume der Gemeinnützigen Siedlungs-Gesellschaft. An den Wänden dieses Raumes hängen eine Anzahl Bilder von hiesigen „Wohnräumen“, die ohne Übertreibung zu sagen kirchliches zeigen, die beweisen, daß auch das Proletariat unserer Stadt schwer unter den Wohnungsverhältnissen zu leiden hat. Vielen unserer Mitbürger, die in Zeitungsartikeln und Tageszeitungen von Nachrichten dieser Art aus den Großstädten lesen, ist es sicher niemals zum Bewußtsein gekommen, daß man dazwischen „Material“ bei uns in Lübeck „genügend“ zur Verfügung hat. Die technische Abteilung der Siedlungs-Gesellschaft hat diese Aufnahmen gemacht, um Leuten, die nicht im Bilde sind, es recht bildlich machen zu können, daß in dem Sinne der eingangs angeführten Berliner Entschließung gearbeitet werden muß. Lassen wir die aus dem August d. J. stammenden Bilder sprechen:

Bild 1, 2 und 3: Eine Wohnung im Dachgeschoß eines alten Bauernhauses in Moisling, 10 Bewohner, Eltern und 8 Kinder. Wohnung besteht aus 2 Räumen. Es sind 3 Betten aufgestellt, Wohnung ist im Winter kalt und feucht, die Wände sind, da aus Fachwerk bestehend, undicht; Dede ist verregnet und zeigt Spuren von Wasser. Die Treppe ist derzeit ausgetreten, daß ein Betreten derselben mit Gefahr verbunden ist. Ofen in der Stube ist äußerst trostlos.

Bild Nr. 4: Wohnung in der Stavenstraße, von einem jungen Ehepaar mit einem Kind bewohnt. Stube 2x3 Meter, Küche 1,4x3 Meter. In der Stube kann nur ein Bett, ein Stuhl und ein Schrank stehen; sie kann nicht geheizt werden. Die Küche ist der einzige heizbare Raum, aber für den Aufenthalt von Menschen und zum Wohnen zu klein. Es fehlt der Platz, eine Nähmaschine oder einen Arbeitstisch für die Hausfrau aufzustellen. Die Frau sieht in Kürze der Geburt eines zweiten Kindes entgegen. Wohnstube, Vorratsräume für Feuerung und Kartoffeln sind nicht vorhanden.

Bild Nr. 5: Wohnung in einem Gang Krähenstraße, bewohnt von 6 Personen. Die Wohnung besteht aus Stube, 2x3 Meter groß, 2 Meter hoch, und einem Flur, der zugleich Schlafraum für 6 Personen und Küche ist. Raum zur Lagerung von Vorräten an Feuerung und Kartoffeln ist nicht vorhanden. Bewohner sind: Mutter, 3 erwachsene Töchter, Schwiegermutter und 1 Sohn von 10 Jahren. Auf dem Boden, der notdürftig mit Brettern verkleidet und mit Tapeten verklebt ist, hat das junge Ehepaar seine Möbel untergebracht, ängstlich behütet, in der ständigen Sorge, daß sie durch Regen und Feuchtigkeit verderben. Die Mutter leidet an Rheumatismus. Die Bettstelle auf dem Flur war verschiedentlich von Hauschwamm angegangen.

Bild Nr. 6 zeigt eine gleiche Wohnung. Hier sieht man die auch über führende Stiege links auf dem Bilde neben der Stubentür. Auf dem Dachboden stehen die Betten.

Bild Nr. 7: Gleiche Wohnfläche wie beim Bild 6. In dieser Wohnung sind 9 Kinder aufgewachsen. Die Familie schläft unter den unverputzten Dachsparren und zwar im Winter wie im Sommer. Ein erwachsener Sohn hat sich hier eine Augenerkrankung zugezogen und liegt im Krankenhaus.

Bild Nr. 8 zeigt eine Schlafstelle in der gleichen Wohnung. Wände sind feucht; der Raum dient gleichzeitig als Flur und Küche und hat direkten Ausgang ins Freie.

Bild Nr. 9 und 10 bieten ein trostloses Beispiel von Wohnungselend. Stube 2x3 Meter, 2 Meter hoch. Auf der Diele, die zugleich als Schuhmacherwerkstatt, Küche und Schlafstelle für 3 Personen dient, sind die Wände vollständig durchdrungen. Der Bewohner klagt, daß ihm bei dem letzten heftigen Gewitterregen das Wasser in Strömen von der Decke in seine Betten stieß. Bild 9 zeigt das Haus von außen. Man sieht auf dem Bilde, wie durch das offene Dach, an dem die Giebelwand fehlt, Wind und Wetter freien Zutritt haben.

Ich glaube nicht, daß diese „Ausstellung“ den Anspruch auf Vollständigkeit erheben darf, denn es ist nicht anzunehmen, daß sämtliche diesen traurigen Beispielen ähnliche Fälle in Verbindung mit dem Geschäftsgang der Gemeinnützigen Siedlungs-Gesellschaft gekommen sind. Ein Ausschnitt nur wird hiermit aufgezeigt. Es wird auch wohl kaum jemand nach mehr gelüsten. Und doch! die Deffentlichkeit darf nicht vorübergehen an solchen Tatsachen. Aus diesen Aufnahmen schreit es uns entgegen: „Helft denen, die sich selber nicht helfen können!“

Ich komme auf die am Beginn gebrachte Berliner Forderung zurück. Bedenkamt ist auch die einstimmige Forderung der Arbeitnehmerorganisationen (sämtliche Spitzengewerkschaften, Mieter-, Kleingärtner-, Kriegsbeschädigten-Großorganisationen) über das Wie der Hilfe: „Vorzugung des Kleinhauses, Beschaffung billigen Baugeldes für die Träger des gemeinnützigen Wohnungsbau.“ Das gerade diese Forderungen von allen bedeutenden proletarischen Arbeitnehmerorganisationen angenommen wurden (von der SPD. gab die preußische Landtagsfraktion ihre Zustimmungserklärung), wird jeder dankbar begrüßen, der direkt an der Lösung der Probleme interessiert ist oder hierzu praktische Arbeit leistet. W. W a t e r s t r a t, Moisling.

### Bürgerchaftskaktion!

Freitag abend 6 Uhr: Sitzung im Rathaus. Alle Genossen müssen pünktlich erscheinen.

**Rundfunk.** Es wird darauf hingewiesen, daß Rundfunkempfangsanlagen nach Ablauf der Genehmigungsgültigkeit außer Betrieb zu setzen sind. Antennen und Erdungsanschlüsse sind zu beseitigen. Entziehen sich die Teilnehmer nach erfolgter Abmeldung dieser Pflicht, so setzen sie sich der Gefahr aus, daß gegen sie ein Strafverfahren auf Grund der Verordnung zum Schutze des Funkverkehrs vom 8. März 1924 eingeleitet wird.

**Jede Unterschrift muß leserlich sein.** Es hat wohl schon mancher ein behördliches Schreiben erhalten, dessen Unterschrift ihm und anderen unleserlich war. Die Strafkammer in München-Gladbach hat eine salomonische Entscheidung getroffen. Jemand hatte eine polizeiliche Strafverfügung erhalten und gerichtliche Entscheidung beantragt. Das genannte Gericht hat sich nun gar nicht erst die Mühe gegeben, in der Sache zu verhandeln, sondern kurzerhand die Verfügung für ungültig erklärt, und zwar deshalb, weil die Unterschrift unleserlich sei! Andere Leute seien auch „wer“ und hätten ein Recht, genau zu erfahren, nicht nur mit welcher Behörde, sondern auch mit welchem Beamten sie es zu tun hätten.

**Wichtig für die Anleihebesitzer.** Das Wohlfahrtsamt schreibt: Bekanntlich können Anleihebesitzer von Kriegs- und sonstigen Reichsanleihen sowie von bestimmten Anleihen deutscher Länder, wenn sie im Vorjahr kein größeres Jahreseinkommen als 800 RM. gehabt haben, eine sogenannte Vorzugsrente erhalten. Die Rente wird, auch wenn sie später bewilligt wird, rückwirkend von dem auf die Antragstellung folgenden Monat bezahlt. Die Anleihebesitzer haben also ein Interesse daran, wenn sie vom November an in den Genuß der Rente kommen wollen, den Antrag noch im Oktober beim Wohlfahrtsamt entweder schrift-

lich oder im Zimmer 1 zu stellen. Wer sich dort bereits gemeldet hat, ist unter dem betreffenden Datum vorgemerkt und kann der Aufnahme seiner persönlichen Verhältnisse usw. in Ruhe entgegensehen. Voraussetzung der Antragstellung beim Wohlfahrtsamt ist aber, daß die Anleihebesitzer bei einer Bank oder Sparkasse eingetragelt werden und diese der Beweis dafür, daß es sich um Anleihe handelt, erbracht ist. Beim Wohlfahrtsamt werden die Anträge nur auf Grund der Quittung der Bank oder Sparkasse entgegengenommen.

**Gelder aus dem Schiffserneuerungsfonds für die deutschen Werften.** Im Anschluß an die jüngsten Hamburger Besprechungen hat, wie wir hören, in Berlin im Reichswirtschaftsministerium eine Sitzung stattgefunden, in der Vertreter des Verbandes deutscher Reeder dem Minister über die Lage berichteten, mit ihm die Frage beschleunigter Flüssigmachung der aus dem Schiffserneuerungsfonds noch zur Verfügung stehenden 24 Millionen Reichsmark besprachen. Eine Entscheidung wurde noch nicht gefaßt, jedoch sagte der Minister zu, für eine mögliche Beschleunigung dieser Entscheidung Sorge zu tragen.

**Auswanderung nach Brasilien.** Von der Auswandererberatungsstelle wird uns geschrieben: E. Lenar in Rio de Janeiro versendet Prospekte an Deutsche, nach denen jedem gemäß dem „System Brasil“ Gelegenheit geboten wird, ein freier Mann auf freier Scholle zu werden. Das System bietet angeblich für Nichts in Brasilien ein Landlos von 20—25 Hektar mit Haus in geänderter Lage und in der Nähe der Bahn sowie freie Heberfahrt für drei Personen und Unterstützung für ein halbes Jahr, je Monat 100 Mk. (Einzahlungsbeweise) zu je 2 Mark zu kaufen. Diese verkauft er binnen zwei Wochen an 5 Bekannte, jedoch er sein Geld wieder hat. Die Käufer der Einzahlungsbeweise senden diese an Lenar und legen noch 10 M bei, wofür sie 5 neue Karten erhalten und sie gleichfalls verkaufen. Also auch diese wie alle nachfolgenden Käufer erhalten die gezahlten 10 M zurück. Ist so die erforderliche Anzahl von Einzahlungsbeweisen in Umlauf gelangt, so erhält der erste Käufer Nachricht, damit dieser seine Wahl treffen kann und dann bekommt er sofort 5000 M in bar oder das vorerwähnte Landlos. Jeder soll an die Reihe kommen, jedoch binnen 4—5 Monaten die Transaktionen abgelaufen sein soll. Selbst wenn man annehmen wollte, daß Lenar ehrliche Absichten hat, so ist doch der Plan ganz undurchführbar. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich aber um den Versuch, Dumme zu fangen. Es kann daher nur dringend vor diesem Auswanderungsunternehmen gewarnt werden.

**pb. Auf der Streife.** Bei einer durch die Sittenpolizei abgehaltenen Razzia wurden mehrere Frauenspersonen aufgegriffen; drei davon wurden, weil sie sich strafbar gemacht, bezw. aus sanitären Gründen, dem Marftallgefängnis zugeführt.

### Umsatzsteuerermäßigung und Preisabbau.

Man entsinnt sich noch jener Zeit, als das Reichswirtschaftsministerium eine Untersuchung über die Frage anstellte, ob die Höhe der Warenpreise berechtigt sei oder nicht. Wie alle derartigen, mit einem großen Aufwand von „Sachverständigen“, die aber vor allem Interessenten sind, aufgezogenen Veranstaltungen, ist auch sie ausgefallen wie das Hornberger Schießen. Aber ein Ergebnis verdient gerade heute wieder hervorgehoben zu werden. Die damals gehörten Sachverständigen aus Industrie und Handel waren sich darüber einig, daß die Umsatzsteuer, die damals noch 2,5 % betrug, die Preise erheblich verteuere. Diese Verteuerung wurde, da die Produkte ja durch eine Reihe von Händen gehen und jedesmal Umsatzsteuer erhoben wurde, von den Sachverständigen geschätzt.

Nun ist die Umsatzsteuer auf 1 % herabgesetzt worden, und bei jeder Ermäßigung hat die Regierung die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß ein Preisabbau die Folge sein müsse. Immer ist jedoch der Optimismus zu Wasser geworden. So auch jetzt, wo die Umsatzsteuer von 1,5 auf 1 %, die Luxussteuer von 10 auf 7,5 % herabgesetzt worden ist. Auch dieses Mal hat die Regierung eine „Preislenkungsaktion“ mit großem Tamtam inszeniert. Der Erfolg ist jedoch ausgeblieben, und den, der Einblick in die Dinge nehmen kann, nimmt das auch nicht wunder.

Für die Uebergangszeit waren Bestimmungen ergangen, die den Käufer herabsetzten, wenn es sich um Aufträge handelt, die vor dem 15. August abgeschlossen, aber erst nach dem 30. September

## Gespräche im Zuchthaus.

Von Felix Fehrenbach.

I.

Wenn ein Gefangener sich neun Monate lang gut geführt hat, das heißt, wenn er in dieser Zeit keine Hausstrafe bekam, konnte ihm die Zuchthausverwaltung ein Schreibheft und Tinte und Feder aushändigen. Ich meldete mich nach neun Monaten zum Rapport und bat um ein Schreibheft.

Der Regierungsrat wollte wissen, was ich damit wollte.

„Ich will ein Tagebuch führen.“

„Tagebuch“, laut er. „Gibt's denn im Zuchthaus (soweit zu erleben, daß Sie darüber Tagebuch führen müssen?)“

Da dieser leitende Beamte so ohne jedes Verständnis für das Seelenleben eines völlig von der Außenwelt abgeschlossenen Gefangenen war, mußte ich ihm auseinandersetzen, daß ich das Bedürfnis hätte, Gedanken, die mich bewegen, niederzuschreiben, eine Möglichkeit zu mündlicher Aussprache sei ja nicht gegeben.

„Na, wenn's halt sein muß, na führen S' halt a Tagebuch.“

Und die Aushändigung eines Heftes wurde genehmigt. Bevor ich ging, mahnte mich der Regierungsrat aber noch: „Schreiben S' sei keine Dummheiten ins Heft, sonst werden S' bestraft.“

Ja, daran hatte ich nicht gedacht. Das Denken war zwar nicht verboten, aber man durfte nicht alles schreiben, was man dachte. Ich erkundigte mich bei einem Aufseher und erfuhr, daß die Hefte zuweilen kontrolliert würden und mancher sei schon bestraft worden, weil er „Ungehöriges“ geschrieben habe.

Ich verzichtete darauf, ein Tagebuch zu führen, und schrieb nur kleine Stützen und Fabeln in mein Heft. Einige Zeit später wurde ein Gefangener, der auch ein Tagebuch führte, zu zehn Tagen Arrest im Eigenkäfig verdammt, weil er allzu offenhersig in sein Heft geschrieben hatte, was er dachte.

II.

Der Lehrer des Zuchthaus besuchte allmonatlich einmal die Zellen. Ungefähr sechzig Gefangene sind im Zellenbau untergebracht. Alle Sechzig Zellen absolviert der Herr Oberlehrer — ein ehemaliger Volksschullehrer — in einer Stunde. Diese Art Besuche sind ein Lohn auf ihren eigentlichen Zweck. Die Besuche sollen die Gefangenen zu einer Aussprache sein und das Vertrauen

der Gefangenen zu den leitenden Beamten fördern. Bei einem Aufenthalt von einer Minute in jeder Zelle kann dies natürlich nicht erreicht werden. Zu mir wollte er in der ersten Zeit überhaupt nicht kommen. Er übergab meine Zelle damals gerne. Aber das erste Mal hatte der Aufseher die Zelle geöffnet, und ehe der Oberlehrer merkte, wessen Zelle er vor sich hatte, stand er mir gegenüber. Es war in der ersten Woche meines Aufenthaltes im Zuchthaus.

Unter der Tür fragte er:

„Wie lange haben Sie?“

„Elf Jahre, Herr Oberlehrer.“

„Und wie lange sind S' schon da?“

„Sechs Tage.“

Der Oberlehrer wendete sich zum Gehen und murmelte dabei:

„Ja, ja, wie die Zeit vergeht.“

Und fort war er auch schon.

Der Aufseher verschloß die Zellentür. Ich war wieder allein und konnte darüber nachdenken, inwiefern Zellenbesuche das Vertrauen der Gefangenen zu den leitenden Beamten fördern. Dann rechnete ich mir aus, der wievielte Teil von elf Jahren meine sechs Tage verbüßter Zuchthausstrafe sind.

III.

Einmal im Jahr machte der Hamburger Oberstaatsanwalt als personalisierte Aufsichtsbehörde einen Besuch im Zuchthaus Ebraach. Die Gefangenen können sich dann zum Generalapparat melden und dem Oberstaatsanwalt Bitten und Beschwerden vorbringen. Die Gefangenen sprechen recht respektvoll von dieser Einrichtung. Viele melden sich gar nicht mehr, „weil doch nichts dabei rauskommt.“

Ich ließ mich zum Generalapparat aufschreiben.

Die Beamten tragen ihre besten Uniformen und sind sorgfältiger als sonst rasier. Im Rapportzimmer sitzt der Oberstaatsanwalt am Schreibtisch. Die verkörperte Amtswürde. Die Holzbarriere trennt mich von ihm. Neben mir steht der Hausverwalter. Mein Akt liegt aufgeschlagen vor dem Oberstaatsanwalt.

Ich sehe in einer längeren Erklärung auseinander, daß mein Rechtsanwalt auf Grund der Aufforderung des bayrischen Gesandten im Reichstag ein Gesuch an das bayrische Justizministerium eingereicht habe. Daraufhin sei vom Ministerium ein Gutachten des bayrischen Obersten Landesgerichts eingefordert worden, und trotzdem seit Einreichung des Gesuches über fünfzehn Monate verstrichen seien, hätte ich nichts mehr gehört. Ich wollte

nun wissen, ob der Herr Oberstaatsanwalt etwas über den Stand meiner Rechtsangelegenheit wisse.

Nein, er hatte gar nichts über die Sache erfahren, wie er sagte. Ich sollte doch noch einmal beim Justizministerium monieren. In der Regel würde ja dann ein Bescheid erteilt...

„Dazu kann ich mich nicht entschließen!“

„Das ist Ihre Sache. Sie sitzen ja im Zuchthaus,“ hält mir der Oberstaatsanwalt entgegen.

„Gewiß, aber mit mir das gekränkte Recht.“

Der Oberstaatsanwalt beifit sich auf die Lippen.

Ich sage noch, daß ich lieber auf die Annahme des Gesuches für die Wiederaufnahme von Volksgerichtsverfahren durch den Reichstag warte, als daß ich mich noch einmal an das Justizministerium wende.

Nun fühlt er sich als Vertreter der angeblich verletzten bayrischen Justizhoheit und erklärt mir ziemlich erregt rund heraus, daß aus diesem Gesuch mit Hinblick auf die bayrische Justizhoheit nichts werden könne.

„Im übrigen,“ fährt er fort, „ist nach dem Gutachten des Obersten Landesgerichts wenig Hoffnung für Sie.“

Ich bitte ihn, an Hand eines konstruierten Falles meine Lage deutlicher machen zu dürfen.

„Wenn ein Mann wegen angeblichen Totschlags zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt wird und nach zwei Jahren stellt sich heraus, daß die tatsächlichen Feststellungen des Gerichts, auf die sich das furchtbare Urteil aufbaut, irrig waren und mit der Wahrheit nicht vereinbar sind, muß dann dieser Mann im Zuchthaus bleiben, Herr Oberstaatsanwalt?“

Er fährt auf, wie von der Tarantel gestochen, kommt bis an die Barriere und gestikuliert aufgeregt mit beiden Händen:

„Das wäre ja eine Ungerechtigkei! Selbstverständlich bleibt dieser Mann nicht im Zuchthaus!“

„Herr Oberstaatsanwalt,“ antwortete ich ruhig, „genau so liegt mein Fall.“

Der Oberstaatsanwalt schweigt eine Weile, weiß offenbar nicht recht, was er sagen soll und empfindet mir dann nochmals, mich an das bayrische Justizministerium zu wenden. Er wünscht augenscheinlich die ihm unbequeme Unterredung zu beenden und fragt ungeduldig:

„Haben Sie sonst noch etwas?“

„Nein, Herr Oberstaatsanwalt.“

Dann verlasse ich das Rapportzimmer und gehe wieder in meine Zelle.

# Neues aus aller Welt

ausgeführt wurden, einen entsprechenden Abzug vom Kaufpreis zu fordern. Die Aufträge waren ja erteilt zu einer Zeit, als noch niemand mit einer Ermäßigung der Umsatz- bzw. Luxussteuer rechnen konnte. In den Kaufpreis war also 1,5 % Umsatzsteuer oder, falls es sich um Luxussteuerpflichtige Ware handelt, 10 % Luxussteuer einberechnet. Nunmehr braucht der Verkäufer für diese Aufträge nur 1 bzw. 7,5 % Steuer zu zahlen, und es ist nur recht und billig, daß er diese Ersparnis dem Käufer zugute kommen läßt. In der Praxis wird man jedoch finden, daß ein großer Teil der Fabrikanten nicht geneigt ist, auf diesen unerwarteten und unverdienten Gewinn zu verzichten. Sie sträuben sich vielmehr mit Händen und Füßen gegen den Abzug, meist mit der Begründung, daß der Betrag nur ein kleiner und bescheidenen Ausmaßes sei für die in der Zwischenzeit eingetretene Erhöhung der Produktionskosten. Da die Aufträge regelmäßig zu festen Preisen erteilt worden sind, eine Preiserhöhung also auch ausgeschlossen wäre, wenn die Steuer nicht ermäßigt worden wäre, ist diese Begründung absolut nicht stichhaltig. Einige Fabrikanten suchen sich den Betrag dadurch zu erhalten, daß sie dem Käufer im Zahlungsziel etwas entgegenkommen und dann erklären: Hierdurch (durch die neuen Zahlungsbedingungen) ist der ab 1. Oktober eingetretenen Luxussteuerermäßigung Rechnung getragen. Auf ein Entgegenkommen lassen sich die Fabrikanten überhaupt nicht ein, die auf die Rechnungen, die natürlich die alten Preise enthalten, einfach einen Stempel folgenden Inhalts aufdrucken: „Bei obigen Preisen ist nur 1 % Umsatzsteuer resp. 7,5 % Luxussteuer berechnet.“

Unter solchen Umständen braucht man sich allerdings nicht zu wundern, wenn die Verbraucher von der Ermäßigung der Umsatzsteuer nichts verspüren. Von der Regierung aber muß man verlangen, daß sie gegen die Handlungsweise der Warenverkäufer energisch einschreitet. Tut sie das nicht, so wird sie sich gefallen lassen müssen, daß man ihrer Preisentzugsaktion keine Bedeutung beimißt und sie als das bezeichnet, was sie in Wahrheit auch ist, nämlich eine Irreführung des Publikums.

## Der Stand der Erwerbslosen.

Am 21. Oktober belief sich die Zahl der Erwerbslosen am Orte auf 1640. (Vorwoche 1582.)

Davon entfallen auf:

Landwirtschaft . . . . .	98
Metallgewerbe . . . . .	202
Holzgewerbe . . . . .	64
Nahrungs- u. Genussmittelgewerbe . . . . .	31
Baugewerbe . . . . .	168
Raffinerie . . . . .	54
Kaufleute u. Bureauangestellte . . . . .	177
Ungelehrte Arbeiter . . . . .	544
Jugendliche Arbeiter . . . . .	96
Erwerbsbeschränkte . . . . .	71
Versehrte u. Kranke . . . . .	93
Frauen und Mädchen . . . . .	107
	1640

## Große Warenlotterie

zum Besten der Volks- und Jugend- Wohlfahrtsarbeit  
Meßenerburg-Käbel.

50 000 Lose gelangen zur Ausgabe. Der Preis beträgt nur 50 Hg. für das Stück. Die Ziehung findet schon am 20. Dezember d. J. statt.

- Folgende Haupt- und Seriengewinne kommen zur Auslosung:
- Preis 1 Schlafzimmer Einrichtung im Werte von 1000 M
  - Preis 1 Kücheneinrichtung 500 M
  - Preis 1 Schwein (ausgeschlachtet) 200 M
  - Preis 1 Standuhr 150 M
  - Preis 1 Damentoitum nach Maß (sauberste Arbeit) 150 M
  - Preis 1 Herren-Anzug nach Maß (sauberste Arbeit) 150 M
  - Preis 1 Bücherschrank 120 M
  - Preis 1 Herren- oder Damenfahrrad 120 M
  - Gewinne im Werte von 30 M 180 M
  - 30 Gewinne im Werte von 10 M 300 M
  - 50 Gewinne im Werte von 5 M 250 M
  - 25 000 Seriengewinne.

Jedes zweite Los gewinnt. Es gewinnen entweder alle geraden oder ungeraden Nummern. Wer zwei Lose kauft bekommt auf jeden Fall einen Gewinn.

Lose sind in sämtlichen Abgabestellen des Konsumvereins, in der Geschäftsstelle des Ausschusses für Arbeiterwohlfahrt, Johannisstraße 48 I, sowie in den durch Plakat kenntlich gemachten Verkaufsstellen zu haben.

## Die reiche Ernte.

Als letzte in der Reihe der im August beginnenden Erntevorhersagen veröffentlicht das Preussische Statistische Landesamt nunmehr die Erntevorhersagen für Kartoffeln, Rüben, Weizen usw. Die voraussichtlichen Heftarerträge für den Bereich des preussischen Staates werden für Kartoffeln mit 147,2 Dtzl., für Zuckerrüben mit 251,9, für Runkelrüben mit 357,4, für Kohlrüben mit 298,2, für Möhrrüben mit 240,1 und für Weizen mit 298,6 Dtzl. angegeben. Danach ist die Ernte an Kartoffeln sowie an den anderen Früchten in den einzelnen Provinzen gleichmäßiger und besser ausgefallen als in vielen Gegenden erwartet werden konnte. Besonders gute Erträge weisen überall die Kartoffeln auf. Nur in Ostpreußen ist die Kartoffelernte verhältnismäßig gering ausgefallen. In Pommern bleibt die Hackfruchtenernte mit Ausnahme der Kartoffeln, beträchtlich unter Staatsdurchschnitt. Ueber dem Staatsdurchschnitt liegen sämtliche Erträge in Nieder- und Oberschlesien, Südbayern, Westfalen und — außer den Kohlrüben — in der Rheinprovinz. Die höchsten Kartoffelerträge hat Westfalen. Folgende Tabelle ergibt einen Vergleich des Staatsdurchschnitts mit den Jahren 1921 und 1922.

### Heftarerträge:

	1921	1922	1923
Kartoffeln	147,2	139,8	122,1
Zuckerrüben	251,9	250,3	225,1
Unterrüben	357,4	324,4	330,1
Kohlrüben	298,2	298	235,9
Möhrrüben	240,1	228,7	214,4
Weizen	298,6	254,4	256,2

Die Ernte an Runkelrüben mit 357,4 Dtzl. ist seit dem Jahre 1919 in keinem Jahre erreicht worden. Die Ernte an Kartoffeln und Zuckerrüben wurde nur im Jahre 1922 überschritten. Auch die Ernte an Weizen ist besser als in den letzten drei Jahren. Die Erntemengen für Kartoffeln werden auf 276 648 444 Dtzl. geschätzt. Das ist 7,6 Proz. mehr als im Jahre 1922. Die Gesamtenernte an Zuckerrüben beträgt 79 195 393 gegenüber 76 137 187 Dtzl. im Vorjahre. Die Runkelrüben erbrachten 7,9 und der Weizen 17,5 Prozent mehr als im Jahre 1922. Runkelrüben erbrachten gegenüber 1922 weisen die Kohlrüben und die Möhrrüben auf, und zwar um 0,1 bzw. 0,7 Prozent. Die Weizenenernte an Kartoffeln, Zuckerrüben und Weizen hat auf die größeren Heftarerträge sowie auf die Zunahme der Verkaufsstellen, diejenigen an Runkelrüben auf die größeren Heftarerträge allein zurückzuführen.

Das Ehrengrab von Johann Strauß auf dem Wiener Zentralfriedhof erhielt anläßlich des 100. Geburtstages des Komponisten einen würdigen Schmuck. Die Witwe des Künstlers, Frau Adele Strauß, ließ auf der Marmorplatte, die den Sarg deckt, einen von dem Bildhauer Gustav Gurschner modellierten Kranz aus schwerer Bronze anbringen, auf dessen Schleifen die Namen „Adele“ und „Allice“ und das Datum „25. Oktober 1925“ zu lesen sind.

Liebesdrama. Eine blutige Liebesstragödie spielte sich in Chemnitz ab. Der Bauarbeiter Stephan bestaute seine bei den Eltern wohnhafte Braut Edert, die beschäftigte, das bestehende Verhältnis zu lösen. Da das Mädchen sich weigerte, das Liebesverhältnis weiter fortzusetzen, streckte Stephan das Mädchen durch einen Schuß nieder. Die Eltern der Edert befanden sich in einem Nebenzimmer. Als sie den Schuß vernahmen, eilten sie hinzu, konnten aber nicht verhindern, daß sich Stephan selbst zwei Schüsse in die Schläfe beibrachte. Der Tod trat bei beiden sofort ein.

Ein Millionenbetrüger verurteilt. Vor dem Schöffengericht in Koblenz wurde der frühere Direktor Matten der städtischen Sparkasse Sinzig zu zwei Jahren und zwei Monaten Gefängnis bei sofortiger Verhaftung verurteilt. Er hatte in der Inflationszeit mit Devisen spekuliert und hat um seine Verluste zu decken, ohne dem Vorstand Mitteilung zu machen ein Darlehen für die Sparkasse in Höhe von anderthalb Millionen Goldmark aufgenommen. Durch falsche Buchungen verschleierte Matten die Verluste. Die Sparkasse ist um den gesamten Betrag von anderthalb Millionen Mark geschädigt.

Feuergefahr mit Gelddieben. Sonntag vormittag ereignete sich auf dem Vorwerk des Gutes Neu-Häfen des Fürsten Eulenburg und Hertefeld bei Löwenberg i. d. Mark eine schwere Bluttat. Dort trieben sich seit einigen Tagen vier unbekannte Burischen herum, die den Gutsbewohnern Fahrräder und andere Gegenstände gestohlen hatten. Als sie den Gutsarbeitern die gestohlenen Sachen anboten, benachrichtigte man den Gutsvorsteher, den Vorshutler und den zuständigen Landjäger. Kaum waren diese erschienen, als die Burischen das Feuer eröffneten, das von den Angegriffenen erwidert wurde. Es kam zu einer regelrechten Schlacht. Einer der Angreifer wurde erschossen, ein zweiter schwer verletzt. Der Gutsvorsteher Hülshoff erhielt zwei Bauchschüsse, der Vorshutler einen Rücken-, der Landjäger einen Schuß in den Oberhüftel. Die Verletzten wurden nach der Charité Berlin gebracht. Die Person des Erschossenen konnte noch nicht festgestellt werden. Man fand bei ihm 16 Patronen. Die anderen Verbrecher sind in der Richtung Rehdenid entkommen.

Familientragödie im Hotel. Eine rätselhafte Familientragödie spielte sich in einem Hotel in Genoa ab. Dort war ein fünfzigjähriger Schweizer Eduard Degen aus Luzern mit Frau und zwei Töchtern abgestiegen. Als früh in den Zimmern der Familie alles still blieb, wurde die Tür erbrochen. Man fand die Frau und die ältere, dreizehnjährige Tochter mit Kopfschüssen tot auf. Neben ihnen lag der Vater; er hielt sein jüngstes Tochterkind fest an die Brust gepreßt. Beide waren gleichfalls tot. Der Grund zu der Tat ist völlig unbekannt.

Ein dreifacher Raubüberfall wurde Sonnabend mittag in der Küsterei der Mathäuskirche in St. Georgi verübt. Ein junger

Mann, der dort vor sprach, um angeblich seinen Wiedereintritt in die Landeskirche anzumelden, bat die Sekretärin um Angabe des hierfür zuständigen Pfarramtes. Er verließ darauf die Küsterei, wahrscheinlich weil der Organist mit im Zimmer anwesend war. Nach fünf Minuten erschien der junge Mann wieder, zog plötzlich einen Revolver und zwang mit der vorgehaltenen Waffe die Sekretärin, ihm das Geld im Kassenfach zu zeigen. Der Räuber entnahm dem Schranke 500 Mark. Nachdem er die Sekretärin noch geknebelt hatte, stahl er weitere 500 Mark. Hierauf verließ er unbehelligt das Zimmer.

Die Ergebnisse der letzten indischen Volkszählung. Die letzte Volkszählung in Indien, die bereits 1921 stattfand, hat ein so tiefes Material ergeben, daß die Aufarbeitung erst jetzt vollendet ist. Nach dem Schlußbericht ist besonders auffallend die geringe Bevölkerungszunahme im letzten Jahrzehnt; sie betrug nur 1,2 Prozent gegen 7 Prozent im vorigen Jahrzehnt. Die Hauptursache für die geringe Vermehrung war die große Influenza-Epidemie von 1918-19, die in wenigen Monaten mehr als 12 Millionen Menschen, 4 Prozent der indischen Gesamtbevölkerung, dahinstreckte. Die vorausgegangen schlechten Erntejahre und damit verbundene Hungersnot hatten den Boden für diese ungeheure Ernte bereitet, die der Tod hielt. Von den 319 Millionen Indern sind 73 Prozent Bauern und nur 10 Prozent in der Industrie beschäftigt. Infolge des europäischen Einflusses haben die Kindererben ständig abgenommen.

Die Ureinwohner Amerikas. In der Kopenhagener Universität hielt der bekannte amerikanische Indianerforscher Professor Boas von der Columbia-Universität eine Vortragsreihe über die nordamerikanischen Indianer. Er führte u. a. aus, daß die Indianer vor etwa zehntausend Jahren aus Asien nach Amerika eingewandert seien und eine überraschende Verwandtschaft mit den Japanern aufweisen. Als die ersten Europäer nach Amerika kamen, betrug die Zahl der Indianer ungefähr zwei Millionen. Heute ist diese Zahl in den Indianergebieten Nordamerikas auf etwa 300 000 zusammengeschrumpft. Es gibt allein in Nordamerika rund 300 verschiedene Indianergruppen. Bei dem Eindringen der ersten Europäer hatten die nordamerikanischen Indianer es noch nicht zum Aufbau eines geordneten Staatswesens gebracht, sodaß den nicht zahlreicheren Selbstwehren der Ansiedler und später der englischen Kavallerie ihre Besiegung und Ausrottung leicht gelingen konnte.

Ein Eisenmeteorit. Der dänische Polarforscher Rasmussen, der vor wenigen Tagen nach Kopenhagen zurückgekehrt ist, fand auf seiner letzten Expedition einen Meteoriten von 700 Zentnern Gewicht. Er ließ ihn an die Küste schaffen und hat ihn auf seinem Schiffe „Seeföng“ nach Kopenhagen gebracht. Der Stein, der einen Wert von zwei Millionen Kronen hat, wurde dem Kopenhagener Nationalmuseum überwiesen.

Die gewaltige Wirkung einer Windhohe lernten unlängst die Bewohner des Dorfes Grootshoven in Ostfriesland kennen. Einen ganzen Kübelstall mit samt den darin untergebrachten Kühen nahm das Ungeheuer der Lüfte auf, machte damit einen kleinen Spaziergang, um seine Last nach Überquerung eines breiten Grabens auf der benachbarten Wiese wieder abzusetzen.

## Gesamt.

Sitzung vom 26. Oktober.

Es standen drei Fälle zur Aburteilung. Im ersten Falle handelte es sich um die Strandung des Dampfers „Sankt Jürgen“ am Brodtener Ufer. Der Dampfer, der sich auf der Reise von Riga nach Lübeck befand, kam am 29. September d. J. gegen 6 Uhr morgens kurz vor Travemünde an. Das Wetter, das bisher klar war, änderte sich plötzlich, indem dichter Nebel aufkam. Der Kapitän des Schiffes, Boye, ließ sofort die Maschine langsam laufen, trotzdem nach der Lotung noch 15 Meter Tiefe vorhanden war. Kurz nach 6 Uhr wurde der Nebel so dicht, daß der Kapitän die Maschine ganz stoppen ließ, weil er die Fahrtrichtung nicht mehr genau erkennen konnte. Eine abermalige Lotung ergab jetzt nur 4 Meter Tiefe und als er den Kurs ändern wollte, sah plötzlich der Dampfer fest. Erst nach 6 Stunden unermüdlicher Arbeit gelang es, den Dampfer wieder flott zu machen. Im Dock ergab es sich dann, daß verschiedene Platten eingedrückt waren und die Schraube einen Fingel verloren hatte. Der Reichskommissar bemängelte, daß der Kapitän nicht öfter hätte loten lassen, da er wußte, daß das Schiff sich in unmittelbarer Nähe des Ufers befand und dort leicht Stromverletzungen vor sich gingen. Zugleich wies er aber auch darauf hin, daß es unbedingt nötig sei, daß auf der Travemünder Nordermole Nebelsignale aufgestellt würden, damit den einlaufenden Schiffen bei dichtem Nebel die einzuhaltende Fahrtrichtung gegeben werden könnte. Das Gericht erkannte denn auch, daß wohl der Kapitän öfters hätte loten lassen müssen, bemängelte aber auf der anderen Seite, daß noch keine Nebelsignale in Travemünde vorhanden seien, wodurch derartige Strandungsfälle vermieden werden müßten. Kommen dann noch Stromverletzungen, wie im vorliegenden Falle, hinzu, dann seien derartige Strandungen sehr leicht möglich. Im übrigen waren die Maßnahmen des Kapitäns nach der Strandung vollkommen richtig.

Die zweite Sache betraf den Unglücksfall auf dem Dampfer „Eibe“, durch den der Tod des Matrosen Schmidt herbeigeführt wurde. Als am Vormittag des 16. Septembers d. J. die Vöhrarbeiten des im hiesigen Hafen liegenden Dampfers beendet waren, erhielt u. a. auch der Matrose Schmidt den Auftrag, das Schiff nachmittags wieder zu säubern. Hierbei war er wohl der offenen Ladefläche gar zu nahe, denn er stürzte plötzlich in den Schiffsraum hinab und brach hierbei das Genid. Während im Schiffsbuch die Aufzeichnungen über diesen Unfall dahin gingen, daß der Tod des Matrosen durch dessen eigene Unvorsichtigkeit herbeigeführt sei, wies der Reichskommissar darauf hin, daß doch wohl auch untersucht werden müsse, ob im vorliegenden Fall auch die Unfallverhütungsvorschriften der Seeferngemeinschaft beachtet worden seien. Seiner Ansicht nach hätte der Unfall nicht passieren können, wenn die offene Luke vorläufig mit einem Gitter oder mit einem Tau versehen gewesen wäre. Nach diesen Ausführungen des Reichskommissars zog sich das Gericht zurück und erkannte nach kurzer Beratung, daß die Verhandlung zu verlagern sei, um den Kapitän und eventuell noch andere Jungen über den Unfall zu vernehmen.

Der dritte Fall betraf die Strandung des dänischen Motorsleglers „Martha“ am Priwall usw. Diese Strandung wurde in der bürgerlichen Presse, namentlich im „General-Anzeiger“, in mehreren Artikeln behandelt, worin der Artikelverfasser durchblicken ließ, daß in diesem Falle die Lotenstation nicht richtig gehandelt und dadurch die Strandung mitverursacht hätte. Die Verhandlung ergab nun ein ganz klares Bild darüber, daß der Travemünder Lotenstation in keiner Weise sich nur der geringste Vorwurf treffen kann. Der Vorfall spielte sich nach Aussage des Kapitäns der „Martha“ und des Lotenkommandeurs Wehrhald folgendermaßen ab: Am Abend des 18. Oktobers gegen 9 Uhr wurde der dänische Motorslegler „Martha“ geschickt. Nachdem der Segler das übliche Lotensignal nicht gab, fuhr danach das Lotenboot an das Schiff und bot seine Hilfe an. Der Kapitän lehnte jedoch trotz die Lotensignale ab, um das Lotensignal zu sparen. Er wollte mit seinem Schiff auf der Reede ankern, um dann nächsten Morgen nach Lübeck zu fahren. So mußte das Lotenboot unverrichteter Sache wieder zurückkehren. Da das Wetter ruhig war, warf der Kapitän nur einen Anker

aus. Gegen Mitternacht frischte jedoch der Wind erheblich auf, so daß der zweite Anker ausgeworfen werden mußte. Als der Wind an Stärke zunahm, hätte man erwarten können, daß der Kapitän nunmehr die Lotsenhilfe anrufen würde, umsonst, als der dänische Kapitän das Travemünder Fahrwasser gar nicht kannte, auch keine dementsprechende Seetarte besaß. Aber nichts geschah. Bald erwies sich auch die Unter als zu schwach, sodaß das Schiff ins Treiben kam. Um das Schiff zu retten, hätte der Kapitän nunmehr den Motor zu Hilfe nehmen müssen, um aus der Nähe des Ufers zu kommen. Auch das wurde versäumt und so trieb das Schiff unauffällig dem Priwall zu. Gegen 2 1/2 Uhr nachts erfolgte dann die Strandung. Selbst der Reichskommissar mußte betonen, daß diese Strandung nur einzig und allein der Schiffsleitung zuzuschreiben sei. Wenn ein Kapitän das geringe Lotensignal, das in diesem Falle höchstens 4 Mark betragen hätte, sparen will, um dann auf unsicherer Reede liegen zu bleiben, muß er natürlich auch die weiteren Konsequenzen ziehen. Jetzt hätte er dafür die jedenfalls nicht unerheblichen Kosten der Wiederherstellung des Schiffes zu tragen. Der Travemünder Lotenstation kann nur nachgesagt werden, daß diese alles getan hätte, wozu sie verpflichtet gewesen wäre. Eine große Rolle spielen dabei auch die Wetternachrichten der Seewarte. Am Tage vorher, am 17. Oktober, sei Sturmwarnung signalisiert, der Sturmball wurde gehißt, mußte aber nach Vorschrift am 18. Oktober mittags wieder niedergezogen werden, weil der Sturm ausblieb. Die Loten konnten demnach auch den Schiffen keine Sturmwarnung zugehen lassen, da keine Nachricht deshalb vorlag. Wird Sturm signalisiert, so erhalten die auf der Reede liegenden Schiffe davon sofort Nachricht. Also auch in diesem Fall hat das Lotenamt ganz korrekt gehandelt. Das Gericht machte sich die Ausführungen des Reichskommissars zu eigen und erklärte den Kapitän der „Martha“ als den Alleinschuldigen für deren Strandung. — Da der dänische Kapitän der deutschen Sprache unkundig war, mußte seine Vernehmung mittels des beidseitigen Dolmetschers vorgenommen werden.



## Partei-Nachrichten

### Sozialdemokratischer Verein Käbel.

Sekretariat Johannisstr. 48 I.  
Telefon 308.  
Sprechstunden: 11-1 Uhr und 4-7 Uhr Sonnabends nachmittags geschlossen

E. B. D. Vorstand. Mittwoch, den 28. Oktober, abends 7 Uhr Sitzung im Sekretariat.  
Vorsitz und Ausschuss (einschl. Beisitzler). Mittwoch, den 28. Oktober, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus Sitzung.  
Mörsling, Abteilung, Parteigenossen! Am Sonnabend, dem 31. Oktober, findet abends 8 Uhr im Kaffeehaus eine öffentliche Volksversammlung statt. Referent ist Genosse Dr. Weber! Referat: „Der Vertrag von Locarno.“ Sorgt dafür daß auch unsere noch nicht organisierte Wählerchaft zur Stelle ist.

### Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Jugendchor und Musikgruppe. Am Freitag, dem 30. Oktober, müßt Ihr Euch pünktlich um 7 1/2 Uhr zur Jugendlustkündigung im Gewerkschaftshaus einfinden. Der Ortsvorstand.  
Ortsvorstand. Montag, den 2. November: Sitzung im Jugendheim Rönigstr. 97 pünktlich um 7 1/2 Uhr. A. Sch.  
Jugendchor. Montag, den 2. November, abends 7 1/2 Uhr, Übungsstunde im Heim der Wbl. Stadt.  
Sitzung Mitglieder! Der Jugendchor muß noch verstärkt werden. Wer noch mit singen will, muß sich zu der am Montag festgesetzten Übungsstunde einfinden. Der Ortsvorstand.  
Abteilung Funktionäre! Freitag pünktlich um 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus sein. A. Sch.  
Ortsgruppe Mörsling. Mittwoch, den 28. Oktober. Wegen Renouierung des Saales fällt der für heute angelegte Volksstanzabend aus. — Achtung, Funktionäre! Heute müssen die letzten Flugblätter verbreitet werden!  
Ortsgruppe Mörsling. Freitag, den 30. Oktober. Wir feiern unsern Jahrestag an der großen Jugendlustkündigung im Gewerkschaftshaus. Wir treffen uns um 7 Uhr am Mörslinger Baum. Schülerchaftsbeine!

Reichsbanner Schwarz-Rot-Grün.  
Bureau: Johannisstraße 48 I.  
Geschäft von 5 bis 7 Uhr nachmittags  
10. Abteilung. Freitag abend 7 1/2 Uhr Versammlung im Volkstempel. Bericht des Kameraden Wagner.

Gewerkschaftliche Mitteilungen.

Wichtig Gewerkschaftsvorhaben! Die Zeitschrift „Die Arbeit“ Nr. 10 und Gewerkschaftszeitung Nr. 48 ist sofort abzuholen.

Angrenzende Gebiete

Provinz Lübeck

Stodsdorf. Sozialdem. Verein. Mitgliederversammlung am Donnerstag, 29. Oktober bei D. Oiderichsen, Hafenburg.

Dankeskäfte

Hamburg. 16 Millionen Pfund Seefische in einem Monat! Der Fischverkauf am Hamburg-Altonaer Fischmarkt hat im Monat September einen ungeheuren Umsatz erreicht.

Mecklenburg

R. Barnelow b. Wismar. Kofbacher überfallen Reichsbannerleute. Am Sonntag, dem 19. 10., wurden in Barnelow bei Wismar wieder Reichsbannerleute von Kofbachers überfallen.

Schwerin. Gegen die Teuerung. Die Pressestelle des Ministeriums schreibt: Aus Anlaß der von der Reichsregierung eingeleiteten Preisentlastungsaktion hat am 19. Oktober im Ministerium des Innern unter Vorsitz des Herrn Ministerpräsidenten

Die Arbeit bei Ford.

Detroit in den Vereinigten Staaten ist die Keimzelle der zahlreichen Fabriken des amerikanischen Autokönigs Ford. Von hier aus beginnt die Eroberung der Welt durch das Ford-Auto.

Diese Dinge haben in der ganzen Welt die Menschen aufhorchen lassen. Arbeiter und Unternehmer haben begonnen, sich mit dem Problem „Ford“ auseinanderzusetzen.

Produktionsgang der Ford'schen Werke lebendig vor Augen zu führen und ihn gleichzeitig einen Blick in die Zukunft tun zu lassen. Der Film zeigt, bis zu welchem Grade bei Ford alles mechanisiert ist.

Dann führt der Film in die eigentlichen mechanischen Werkstätten, in denen die „fließende Fertigung“ herrscht. Hier wird zum ersten Male in Deutschland dieser Teil der Ford'schen Betriebe im lebendigen Bilde gezeigt.

Der Film soll für Ford werben, aber er kann auch ebenbürtig gegen Ford werben, wenn es nicht gelingt, für diese Mechanisierung einen Ausgleich zu schaffen.

Unpolitische Zwiegespräche.

Amisgespräch. „Unser Freund Lehmann ist jetzt auch zur ewigen Ruhe eingegangen.“ — „Ah, hat er den Posten im Ministerium doch noch bekommen?“

Geheime Wahl. Der landbändlerische Wahlvorsteher am Telefon: „Parteiabteilung dort? — Ja. Hier ist wieder eine sozialdemokratische Stimme abgegeben worden.“

Beamtenbejoldung. Im Gemeinderat soll ein Politzist gewählt und seine Bejoldung bestimmt werden. — Meier: „Ich schläge vor, 5 Mark monatlich.“ — Huber (M. d. L.): „Wär's nicht wegen der dämlichen Zeitungsschreiber, würde ich einverstanden sein.“

Zu teure Ideale. „Dös is a Gemeinheit, Herr Pfarrer, mich so in da Steuer nauß'strauben! Wissen S' i bin a deutsch-nationaler Mann, aber bei solchener Behandlung muß ja der stärkste Charakter seine Ideale aufgeb'n.“

Aus dem Buche „Seefleute und Landratten“ von Albert Engström (Rembrandt-Verlag G. m. b. H., Berlin-Zehlendorf).

Theater und Musik

Stadttheater. — Dithello. Regie: Thur Himmighofen. — Bühnenbild: Karl Vogler.

Endlich einmal wieder eine Klassikervorstellung im Stadttheater, der nicht durch gäbende Leere im Parkett die Wirkung von vornherein genommen wurde.

Die Regie gab der Aufführung Schwung und Tempo; wo sie mehr geben wollte, vermißte sie nicht immer konstruierte Abfichtlichkeit.

vierte Quadrate und Bogen auf einer Bühne, in der im alten, naturalistischen Stil gutes Theater gespielt wird? Dieser Stil ist kein Stil. Entweder man wandelt die Bahnen des Expressionismus, wie es Löwenberg im Vorjahre einige Male zum Entzweien des Lübecker Epischerpublikums versucht hat.

Arbeiter-Sport

Die Fußballisten für diese Kubitz sind an den Sportigen Max Lorenz, Er. G. D. P. G. r. u. b. e. 32. n. i. c. h. t. an die Redaktion des Lübecker Volksboten zu richten.

Freier Wasserpolosverein Lübeck. Die für Sonntag, den 4. November angelegte Wanderung findet bei besserer Witterung am Sonntag dem 1. November, mit der Kinderabteilung zusammen statt.

Sportplatz Oldesloe! Oldesloe 1 — Stodsdorf 1. 1:2 (1:1). Ein verdienter Sieg der eifrigen Oldesloer, welche einen ausgezeichneten Mannschaft zur Stelle hatten.

Der S.-A. Viktoria hatte sich A.Z. Bloen zum Gesellschaftsspiel auf den Kasernehof zu einem Großkampf mit ihrer 1. und 2. Mannschaft sowie 1. Jugend eingeladen.

A.Z. Bloen 1. T. 2. S.-A. Viktoria 1. T. 2. 4. Nach Ballfreigabe legte gleich ein schönes Stoßes Spiel ein. Beide Mannschaften befinden sich technisch in sehr guter Form.

A.Z. Bloen II — S.-A. Viktoria II. 1:1. Die zweite Viktorianer die sich zum ersten Male in der Saison in sehr guter Form und hatte im A.Z. Bloen einen gleichwertigen Gegner gefunden.

A.Z. Bloen I — S.-A. Viktoria I. 3:6. Die Bloener als Meister der B-Klasse des 2. Bezirks konnten die Viktorianer seit dem letzten Treffen gar nicht wieder. Klattes, schnelles, faibles Spiel zeigten beide Mannschaften, jedoch konnten die Bloener es nicht verhindern, daß das Spiel zu obigem Resultat führte.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte

Das Tiefdruckgebiet zwischen Island und Mittelmeer hat sich im allgemeinen nur wenig verändert; ein Ausläufer ist nach Norden abgezogen.

Schiffsnachrichten

Engl. T. Forestbeed Kap. Wate, von Albet, Kahlen, 3 Tg. — Deutsch. D. Luna, Kap. Borwert, von Köln, Südg., 24 Tg. — Deutsch. D. Reich, Kap. Reich, Kap. Bröcker, im Schleppl mit Leichter, Wilhelmshaven, nach Jade, Kalkstein, 1 Tg. — Finn. T. Iris, Kap. Edelkrone, von Helsinki, 3 1/2 Tg. — Finn. D. Regir, Kap. Holmberg, von Hangö, Südg., 3 Tg. — Deutsch. S. Tora, Kap. Senning, von Wismar, leert, 1 Tg.

Marktberichte

Hamburger Getreidebörse vom 27. Oktober. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Preise in Reichsmark pro 1000 Kilo ab inkludierter Station einschließlich Vorkemern, für Auslandsergerte und Meiß frei Kartwagen.

Radiofunk-Programm. Hamburger Sender — Wellenlänge 395 Meter. 6.55 Uhr vorm.: Zeitungsbeilage. — 7 Uhr vorm.: Wetterfunk. Landwirtschaftl. Meldungen. — 7.30 Uhr vorm.: Wetterfunk. Letzte Drahtmeldungen. — 12.15 Uhr nachm.: Funkfrage der Korag. — 12.55 Uhr nachm.: Neuerer Zeitungen. — 1.10 Uhr nachm.: Schiffahrtsfunk. — 2.45 Uhr nachm.: Funkfrage der Korag. — 3.40 Uhr nachm.: Die Wirtschaft im Funk. Zukunftsprognosen. — 5.05 Uhr nachm.: Funkwerbung. — 6 Uhr abends: Koberer der Korag. — 7 Uhr abends: Schule für Volksgesundheit. „Orthopädisches Forum.“ — 7.30 Uhr abends: Schule der Sprachen: Spanisch. — 7.55 Uhr abends: Wetterfunk. — 8 Uhr abends: Funk-Gesellschaft. — 10 Uhr abends: Tanzfunk. Wetter- und Sportbericht. — 10.45 Uhr abends: Schachfunk.

Zigaretten, Zigarillen, Rauch- u. Kautschukwaren. Beckers-Gruppe 36 Tel. 6472.

Oluf von Löfn ist das Abzahlungs-geschäft. Hugo Scheel Sünfförfern 16. denn es unterhält ein reichhaltiges Lager in Herren- u. Damenkonfektion Schuhwaren, Sportwesten usw. zu äußerst kulanten Preisen.

Das Haus für Gas, Wasser, Licht. HEINR. PAGELS. JUNKER & RUM-Gaskocher die führende Marke.

**Amthlicher Teil**

Ueber den Nachlaß des am 14. August 1925 in Lübeck verstorbenen Bauunternehmers A u g u s t Johann Theodor R u d o l f ist am 24. Oktober 1925 die Nachlaßverwaltung angeordnet. Nachlaßverwalter: Mandatar Grünau in Lübeck. (5471) Amtsgericht Lübeck, Abt. II.

**Öffentliche Versteigerung**

am Freitag, dem 30. Oktober, vorm. 9 Uhr, in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses über: 5470

1 kompl. dunkelich. Eßzimmer: Büfett, Kredenz, Ausziehtisch, 6 hochlehn. Stühle und 1 Sessel m. Lederst. 1 Nähstisch, Salon-, Schreib-, Auszieh- u. andere Tische, Liege-, Schreibtisch- und andere Sessel, Chaise-longues, Spiegel, Büfett, Vertikows, Anrichten, Bücher, Kleider- u. andere Schränke, Bilder, Waich- und andere Kommoden, 2 neue Bettstellen, Sofas, 2 Pianos, Teppiche, 1 ant. Service (Kaffeelanne, Rahmgut und Butterdose), 1 Bett, 2 ein. Gelbschranke, Aktzentole und Tische, 1 Schreibmaschine, 1 Grifferttoilette m. Stuhl, 1 Regulator, Mantel- u. Anzugstoffe, 40 versch. Bücher, Notenbücher, Sprechapparate, 1 Schrankgrammophon, Lauten, 1 Geige mit Kästen, 1 Meisterlaute (Miert.), 1 Kaffee- und Eierdvice, 1 Partie Noten, Toilettenseife, Wäscheblau, Waffeln, Rübdingpulver, 1 Grashin-Ofen, 1 Krone f. elektr. Licht, 1 große Partie Fahrrad-Radklammern, Risten und Papptartons, Zigarren, 20 000 Zigaretten aller Marken, 1 gr. Partie Zigarettenhälsen, Sweater, Blusen, Sportwesten, Gardinen, Stores, Oberhemden, Schloßerhosen, 1 Partie Damen-Wintermäntel, 22 Flaschen verschiedene Weine, 42 Setts, Weißwein, Rotwein u. Likörgläser, 800 Rollen Klebtpapier, 4000 Bl. Seidenpapier, 20 Karton Trinkhalme, 1 Partie Aluminium-Wasserseffel, Löpfe u. dergl., 3 Hüte Leder, Alb. u. Alpaca-Wöfel, Messer u. Gabeln, 10 Käbel a 30 Pfd. Margarine gr. Partie Gummihandschuhe, Schuhbänder und Einschmierbürsten, Haarshneidemaschine u. v. a. m. Ferner

1 Motorrad (Megola)

16-16 H.V.G.

Personen-Automobil

Die Gerichtsvollzieher.

**Nichtamtlicher Teil**



**Lübeckische Kreditanstalt**

Kanzleigebäude: Eingang von Marienkirchhof Fernspr. 8774 empfiehlt sich zur Fernspr. 8774

Anlegung v. Spargeldern Führung von Girokonten (5445)

für die Gelder haftet außer erstklassigen Goldhypotheken d. Lübeckische Staat

Nach qualvollem Leiden entschlief gestern abend unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater

**Christian Beckmann**

im 83. Lebensjahre. 5461

In tiefer Trauer  
Christ. Beckmann u. Frau geb. Stelalt  
Friedr. Heest u. Frau geb. Beckmann  
Hermann Beckmann  
Ad. Liemann u. Frau geb. Beckmann  
und die Enkelkinder.

Lübeck, Braunnstr. 16, d. 27. 10. 25.  
Beerdigung am Sonnabend, d. 31. 10.,  
nachm. 2.45 Kapelle vorm. Friedhof.

Älteres Ehepaar ohne  
Anh. i. beizugnahmmer.  
2-3-Rohr. Wählent.  
u. Hürtel. A. u. B. 357 Exp.  
(5474)

Junge Frau, geprüfte  
Lehrerin, erteilt Arbeits-  
und Nachhilfestunden. Ang.  
m. Pr. n. H 355 a. d. E. (5474)

Für erwiesene Auf-  
merksamkeiten zur Sil-  
berhochzeit danken herz-  
lichst

Heinrich Reetz u. Frau

Am Montagmor-  
gen 9 Uhr entschlief  
nach längerem Lei-  
den unser lieber  
Vater, Schwiegervater  
u. Großvater (5460)

**Johann Höpner**

im 84. Lebensjahre.  
In stiller Trauer  
Familie Höpner  
Lübeck, 27. Okt. 25.  
Luisenstr. 14

Beerdig. am Frei-  
tag, d. 30. Okt., nach-  
mit. 12.45 Uhr, Kap.  
Vorwerk, Friedhof.

**Meteld.  
Blatt. Verein**

Hierdurch bei Mit-  
teilung, daß un-  
ser langjähriges Mit-  
glied (5448)

**Karl Buchholz**

storben ist.  
Wir ward'n em  
ein ihr'ndes An-  
denken bewohr'n.  
Beerdig. Freitag  
nachmittag 12.45  
Vorwerker Kirchhof  
Bei Vorstand

Für die große Teil-  
nahme u. Kranzpenden  
anlässlich des Hinsie-  
dens unseres lieben Ent-  
schlafenen, insbesondere  
Herrn Pastor Halermann  
für die trostreichen Worte  
am Grabe dankt im  
Namen der Hinterblie-  
benen aufs herzlichste.

Schlutup, 27. Okt. 1925.

**Fritz Peters**

und Tochter.

Für bewiesene herzliche  
Teilnahme und Unter-  
stützung beim Heimgange  
meines lieben Mannes  
spreche ich allen, beson-  
ders Herrn Pastor Haler-  
mann, meinen herzlichsten  
Dank aus. (5433)

Schlutup, Oktober 1925.

**Magdalene Brügger**

geb. Wittfont  
Ehep. m. 33jähr. T. f.  
1-2 leere Zim. Markt,  
Sartengr. 13/11 (Krus. S.)  
(5458)

1 H. leeres Zimmer an  
einzelne Person zu verm.  
(5464) Näh. Georgstr. 13a

Briefstaube zugeflogen.  
(5459) Attendorferstr. 14, pl.

Wäsche z. Waschen u. Pl.  
gel. Ang. n. H 355 a. d. Exp.  
(5455)

**Kein Husten mehr!**



Das eine Hausmittel  
Zu haben in den (5449)  
Apotheken u. Drogerien.

**Vorwerker  
Baumschulen**

J. S. Steltzner &  
Schmalz Nachfolg.  
Feinspr. 1584.  
Eingang zwischen  
Schwartauer Allee  
241 und 243.

Obstbäume 5442

Fruchtsträucher  
Ziersträucher

in allen Arten.  
Sorten- u. Preis-  
liste kostenfrei.

**An unsere  
Interenten  
Anzeigen**

o größerem Umfange  
bitten wir  
einen Tag vor  
dem Erscheinen  
aufzugeben, weil andern-  
falls keine Gewähr für  
Aufnahme gegeben wer-  
den kann.

**Kleine Anzeigen**  
erbitten wir spätestens  
bis 10 Uhr vorm.

**Anzeigen-Abteilung  
Lübeder Volksbote**

**Zigarren**  
eigenes Fabrikat  
nur gute Tabake

**C. Wittfoot**  
Obere Huxstrasse 18

**Gemeinnützige  
Bestattungsgesellschaft**

Herstellung von Natur-Grabsteinen

Erneuerung von Inschriften

Werkplatz:  
Hansastraße-Märkische Straße

**Adresskarten**  
werden angefertigt bei  
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

Kinderzeitung  
"Die kleine Coco" oder  
"Sachzeitung 'Tipp'"  
gratis.



**Rahma**  
buttergleich  
Voller Buttergenuss, aber nur  
halber Butterpreis

**Deutscher  
Bekleidungsarbeiter - Verband**  
(Filiale Lübeck)

**Versammlung**

jämlicher Herren- und Damenschneider  
wie Schneiderinnen  
morgen Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:  
„Abstimmung über das Ergebnis der  
zentralen Lohnverhandlung“  
5457) Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Verkehrsband**  
Ortsverwaltung Lübeck

**Gemeinschaftliche Versammlung**

am Donnerstag, d. 29. Okt. 1925, abends 7 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50/52.

Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1925  
2. Bericht vom Ortsauschuß  
3. Aufstellung des Kandidaten zum  
erweiterten Bundesvorstand.  
5465) Die Ortsverwaltung.

**Obst-Ausstellung**  
des Versuchsfeldes  
im weißen Saal der Stadthallen  
Donnerstag, den 29. Oktober  
vorm. 11 Uhr bis abends 6 Uhr  
Eintritt frei (5452) 5 Uhr: Vortrag

**Achtung! Kegler!**

Am 31. Oktober, 1. und 2. November:  
**Großes Gänse-Vertegeln**  
unter Aufsicht des Kegler-Verbandes  
im

**Reuterkrug**

Eintrittskarten (4 Wurf 50 Pf. einschl. Steuer).  
Telephon 384 (5463) Carl Lorenz

**Theater-Klaus**

Erstes Bier-, Wein- und Café-Lokal  
Vielbegehrter Mittagstisch (5455)  
im Abonnement bedeut. billiger

**Adlershorst**

Morgen Donnerstag: (5437)

**Tanzkränzchen**

**Fledermaus**  
Heute der heitere beliebte  
**Familienabend**  
Nur noch 4 Tage der von Publikum  
und Presse anerkannte  
**Oktober-Spielplan**  
Luftschlangengefecht — Ballontänze  
Eintritt 50 Pfg.  
Biere, Weine sowie sämtliche Getränke  
werden auf allen Plätzen serviert  
Morgen Donnerstag  
**Roulettetänze**  
mit wunderbaren Preisen (5451)  
9 Uhr

**Sonnabend**  
ab 3 Uhr nachmittags  
großes (5450)

**Eisbein-Essen**

Brüggmanns Restaurant  
Warendorferstr. 2

Freitag, 30. Okt. 1925  
ab 10 Uhr morgens

**Gr. Eisbein-Essen**

Restaurant (5475)  
„Zur Krone“  
Herbert Wendt  
Fadenburger Allee 36.

Sonnabend und Sonntag:  
**Gr. Preisviehen**

**Stadtheater Lübeck.**

Mittwoch 7.30 Uhr (5469)  
**Die Freier**

Abonn.-Vorstellung  
Donnerstag 8 Uhr  
**Jar u. Zimmermann**

Abonn.-Vorstellung  
Kammerspiele  
Donnerstag 8 Uhr

**Sechs Personen  
suchen einen Autor**

2. Abonn.-Vorst. Gr. II.

Freitag 8 Uhr  
**Der fidele Bauer**

Abonn.-Vorstellung.  
Sonnabend 8 Uhr  
**Die lustigen Weiber  
von Windsor**

Sämtliche  
**Herrenartikel**  
Gummimäntel

**Ernst Wehde** Becker-  
grube 33

**Reform**

Schneiderei- und Stepperel-Großbetrieb  
Lederhandlung und Bedarfsartikel  
Spez.: Handgeübte Seiden

Sie können im Wartezimmer auf jede Rep. warten  
Hübstraße 50  
**Robert Jentzen** Fernruf 2873

**Stempel**

-Fabrik Hanns Gläjer  
GRAVIERANSTALT  
Huxstr. 16  
bis 11 Uhr bestelle Stempel  
um 3 Uhr lieferbar

**Quitza & Roggenkamp**

**Kohlen Koks Brickets**

Kleinverkauft: Kanalstraße 55